

ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT



TATblatt

Projekt
Zweitageszeitung

alle 14 Tage
brandaktuell

MINUS 61 NUMMER (18/90) 6. NOVEMBER 1990 PREIS: ÖS 10,—

Rassismus statt Schwarzarbeit Ausweispflicht für AusländerInnen

Offiziell sind's Koalitionsverhandlungen. Was da aber alles für die nächsten Jahre festgeschrieben werden soll, ist mehr. Unter dem Mäntelchen "Verhandlungen" werden Dinge vorgeschlagen, gefordert und auch vereinbart, die vor der Wahl noch wohlweislich verschwiegen worden sind. Der neue Ausweis für AusländerInnen (angeblich um die Schwarzarbeit einzudämmen), ist nur ein Beispiel dafür. Seite 2.



Jede Menge Prozesse

- Prozeß gegen die „BörseattentäterInnen“ von Frankfurt. Seite 3.
- Revisionsverfahren im Strobl-Prozeß. Seite 3.
- Widerstand gegen die Staatsgewalt auf der Alm. Seite 6.
- Der Prozeß der Erneuerung in der KPÖ oder auch nicht. Seite 11.
- Opernball-Prozeß am Donnerstag, den 8. November um 10.45 Uhr im Wiener Landesgericht, Wien 7, Florianigasse 8. Seite 21.
- TATblatt verstößt gegen das Urheberrecht (Kontonummer auf den Seiten 22 und 23)

Silbermayr bekennt Farbe:

„Die KPÖ in dem Sinne gibt es nicht. Hier geht es um das gleiche wie mit Nestlé. Ich habe davon gehört, das ist eine Sauerei. Ich kann euch sagen wie es dazu gekommen ist....“
ab Seite 11

Rassismus statt Schwarzarbeit

(TATblatt-Wien)

Im Rahmen der Maßnahmen gegen illegale Beschäftigung soll eine Ausweispflicht am Arbeitsplatz für ArbeitnehmerInnen, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, eingeführt werden. Überlegungen dieser Art deponierte jedenfalls der Wiener Stadtrat Hans Mayer am 30. Oktober beim Sozialminister. Falls die im jüngst novellierte Ausländerbeschäftigungsge-

setz festgelegte Obergrenze zur Beschäftigung von "AusländerInnen" nicht ausreicht, um die in Wien lebenden "U-Boote" unterzubringen, soll diese Grenze angehoben werden. Diese Grenze liegt derzeit bei zehn Prozent der ArbeitnehmerInnen je Bundesland. Ebenso soll die Schonfrist zur Legalisierung von Schwarzarbeitsverhältnissen verlängert bzw. eine neue Amnestieaktion gestartet werden.

Firmen sollen in Zukunft nicht mehr drei Tage Zeit haben, um ihre ArbeitnehmerInnen anzumelden, sondern innerhalb einer Stunde telefonisch anmelden. Das Wohnungsmeldesystem soll wieder verschärft werden; Hausbesitzer sollen wieder mitunterschreiben müssen und werden damit eine weitere Möglichkeit bekommen, MieterInnen zu erpressen.

Die Ausweispflicht hat in der geplanten Form die bereits von anderen Maßnahmen (Grenzkontrollen) bekannten rassistischen Konsequenzen: wer anders aussieht — beispielsweise "ausländisch" —, hat solche Kontrollen wesentlich mehr zu fürchten als Personen, die "österreichisch" wirken.

Noch nicht so konkret, aber deswegen nicht weniger bedrohlich sind die Überlegungen zur Beschränkung der Zuzugszahlen nach Österreich: Die Arbeitsgruppe "Innere Sicherheit" in den Koalitionsverhandlungen will zunächst einmal eine "Planungsgröße" festlegen, die als Grenze aller in Österreich anwesenden "AusländerInnen" gelten soll. Ausgenommen davon sollen nur Flüchtlinge und TouristInnen, also jene, die politisch oder ökonomisch profitabel sind.

Kolportiert werden auch Überlegungen, sämtliche AsylwerberInnen aus Rumänien in ihr Herkunftsland abzuschicken (weil dort ohnehin so friedvolle Zustände herrschen, oder wie?) Wenn das auch für "normale" ImmigrantInnen (die keinen Asylantrag gestellt haben) gilt, bekommt das plötzliche Interesse an der Legalisierung aller Schwarzarbeitsverhältnisse eine zusätzliche Dimension: Personen, die ordnungsgemäß angemeldet arbeiten und wohnen, lassen sich halt wesentlich einfacher abschieben als "U-Boote".

Meggenhofen, im Oktober 1990

Resolution der Teilnehmer am Zivildienst-Grundlehrgang in Meggenhofen

Wir, die Unterzeichnenden, sind Absolventen des Zivildienstgrundlehrganges (GLG) in Meggenhofen (1.10. bis 20.10.1990). Aufgrund der im Lehrgang vorgetragenen Inhalte sehen wir uns veranlaßt, uns an die Öffentlichkeit zu wenden, da wir unsere Auffassung von einem sinnvollen Zivildienst grundsätzlich in Frage gestellt sehen.

Um zum Zivildienst zugelassen zu werden, mußten wir unsere Gewissensgründe vor der Zivildienstkommission glaubhaft machen. Nun aber müssen wir erkennen, daß die derzeitige Form des Zivildienstes auf eben diese Gewissensgründe kaum Rücksicht nimmt.

Durch den Vorrang der militärischen Option im Konzept der Umfassenden Landesverteidigung (ULV), in das auch der Zivildienst eingebunden ist, werden die Zivildienstler im Anlaßfall nur zur Entlastung der kämpfenden Truppe eingesetzt sein, was einer unmittelbaren, was einer mittelbaren Unterstützung gleichkommt. Der Zivildienst ist damit nichts weiter als ein "Ersatzdienst" (Art 9a Abs 3 B-VG), stellt aber keine echte Alternative zum Dienst mit der Waffe dar.

Wir sehen in der militärischen Gewalt kein "zu Gebote stehendes Mittel", der Verteidigung (Art 1 Abs 3 Neutralitätserklärung). Wir sind im Gegensatz dazu von der Sinnhaftigkeit und Wirksamkeit gewaltloser Konfliktlösungsstrategien und gewaltloser Verteidigung (Einübung zivilen Ungehorsams, Informationsverbreitung in besetzten Gebieten, Aufbau von Aktionsgruppen des gewaltlosen Widerstandes, Sabotage etc.) werden jedoch im Konzept der ULV in keiner Weise berücksichtigt.

Der Zivildienst böte den idealen Rahmen zur Vorbereitung sozialer Verteidigung und gewaltloser Konfliktlösung. Die Bundesregierung verspielt diese Möglichkeit: Der Lehrblock über soziale Verteidigung wurde durch die letzte Novelle zur GLG-Verordnung ersatzlos gestrichen. Von einem echten Alternativdienst würden zweifellos starke meinungsbildende Impulse ausgehen, die langfristig zu einer Abkehr von militärischen Verteidigungskonzepten führen könnten. Dies wäre ein wesentlicher

Beitrag zur weiteren Humanisierung und Demokratisierung unserer Gesellschaft.

Wir als Zivildienstler sind zu diesem Beitrag bereit. Entgegen dem Grundbekenntnis zum Pluralismus wird unsere Meinung weder gehört, noch darüber berichtet, noch diskutiert. Die derzeitige Form des Zivildienstes befähigt uns zu unserem Beitrag nicht, sie steht vielmehr unserer Auffassung entgegen.

Wir fordern daher:

- Neuorientierung der ULV (gewaltfreie Verteidigung muß wenigstens einbezogen werden)
- Neuformulierung der Aufgaben des Zivildienstes als eines echten Alternativdienstes
- Abschaffung der Zivildienstkommission
- Ausstieg aus der militärischen Landesverteidigung (Abschaffung des Bundesheeres)

61 Unterschriften

Gentechnologie:

IMP: TOT

(TATblatt-Wien)

Im Institut für molekulare Pathologie (IMP) in Wien fand am 19. Oktober ein Tag der offenen Tür (TOT) statt. (Tut mir leid, Euch enttäuschen zu müssen, Freundinnen und Freunde, aber so ist das mit der Abkürzungsmanie.) Freier Zugang für die BesucherInnen zu Labors auf den Sicherheitsstufen P1 und P2 — Labors mit höheren Sicherheitsstufen gibts im IMP nicht, Vorträge über Arbeit und Sicherheitsmaßnahmen des IMP. (Wie gut die wohl greifen, mit weit offenen Türen? Was wohl passiert wäre, wenn einE BesucherIn ausgerutscht und mit dem Gesicht in die Saftln gefallen wäre?) Nicht zugänglich waren die Tierställe im Keller.

Das IMP ist ein gemeinsames Projekt von Boehringer-Ingelheim und Genentech. Von den rund 700 Mio Schilling, die für Errichtung und Betrieb des Instituts bis 1992 anfallen, werden etwa 170 Mio von

öffentlichen Institutionen getragen. Neben dem IMP soll bis 1991 ein biologisches Forschungszentrum der Universität Wien entstehen (Modell siehe Foto). O-Ton IMP-Selbstdarstellung: *Hauptziel ist es, durch eine räumliche Nachbarschaft wesensverwandter Institute und eine Konzentration der von der Universität und der Industrie eingebrachten geistigen und materiellen Mittel die für eine zeitgemäße Forschung wichtige kritische Masse deutlich zu überschreiten. Der tägliche zwanglose Kontakt zwischen Wissenschaftlern aus Industrie und Universität wird einen regen Gedankenaustausch und Kooperation in der Forschung ermöglichen. Im Einverständnis mit den universitären Instituten wird sich das IMP auch an der Lehre, insbesondere an der Ausbildung von Doktoranden, beteiligen.* Im Klartext: Hier will auf zwanglose Weise die Industrie von den Forschungsergebnissen der Universität profitieren.

Urteile im Börseprozeß

Am 12. April 1989 — des 71. Tag des Hungerstreiks der politischen Gefangenen in der BRD für die Zusammenlegung in mehrere Großgruppen — wurde die Börse in der Finanzmetropole Frankfurt von einigen Personen gestürmt. Am 8. Oktober gab es nun die ersten Urteile: 7 Jahre.

(TATblatt Wien)

12. April 1989: Eineinhalb Stunden vor offizieller Börseneröffnung wird das Gebäude der Frankfurter Börse von einem "sechsköpfigen Kommando" gestürmt. Mit Brandsätzen wird versucht, die Computeranlagen zu zerstören. Der Sachschaden hält sich in Grenzen, verletzt wird niemand.

Unmittelbar nach der Aktion werden drei Personen — Sigi, Gabi und Sven — auf offener Straße verhaftet. Die Pressemeldungen über Ort und Zeit der Festnahmen sind äußerst widersprüchlich.

Am 6. Juni — die drei sitzen im Frankfurter Knast Preungesheim in Isolationshaft — wird die Wohnung von Gabi und Sven von der Polizei durchsucht. Stephan — einer der drei Anwesenden wird ohne Haftbefehl festgenommen.

In einem BekennerInnenschreiben zum Anschlag auf die Börse wurde die Aktion in Zusammenhang mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen aus RAF und Widerstand gestellt. Der Anschlag sollte ein entschiedenes Zeichen im kräftezehrenden Kampf um Zusammenlegung darstellen, neue Perspektiven für den "revolutionären Widerstand" eröffnen. Das Verfahren führte sodann die Bundesanwaltschaft (BAW), was die politische Bedeutung des Prozesses unterstreicht. Die Anklage: Sachbeschädigung, Körperverletzung, Verstoß gegen das Waffengesetz (Mollis), und "Unterstützung der RAF", also nach § 129a.

Seit Mitte Februar wird nun prozessiert. 7 Jahre forderte die BAW, weil der Anschlag in einer Situation erfolgt sei, in der die "erste Generation der Terroristen dabei sei, zur Einsicht zu kommen, sich vom bewaffneten Kampf zu lösen und sich auf demokratische Mittel zu besinnen". 7 Jahre erließ das Gericht, da, zu einem Zeitpunkt, als im Hungerstreik alles auf eine "friedliche Lösung" hinausgelaufen sei, die Tat "besonders verwerflich" gewesen wäre.

"Verurteilt wurde nach "schwerer Brandstiftung". Das Gericht behauptete, Ziel der Aktion sei es gewesen, das ganze Börsengebäude in Brand zu stecken. Damit setzte sich das Gericht über Zeugenaussagen und Gutachten von Brandsachverständigen hinweg. Diese bestätigten, daß vor allem technisches Gerät getroffen wurde. So hieß es auch in der Erklärung, daß es darum gehe, die Funktion der Börse außer Kraft zu setzen, indem die Computer und Kommunikationsstränge, über die internationales Kapital Ausbeutung und Hungermord verrechnet und organisiert, zerstört werden.

Der Staatsschutzsenat mußte Ablauf und Ziel der Aktion verdrehen, weil er nur mit der Behauptung "menschengefährdender Brandstiftung" zu einer so hohen Verurteilung kommen konnte. So wird die über die Presse verbreitete Propaganda in dem Urteil festgeschrieben. Das soll denen, die

eine militante Aktion überlegt haben, jegliche Genauigkeit und Verantwortung für den Angriff absprechen. Zurückbleiben soll das Bild der "gewissenlosen, menschenverachtenden Terroristen", um einer klaren Vermittlung der Ziele entgegenzuwirken. Das ist psychologische Kriegsführung.

Der zweite Strang der Verurteilung ist der § 129a. Das Gericht sagt, die Aktion gegen die Börse gehe über die Unterstützung des Hungerstreiks hinaus und greife den ganzen Staat an. Es nimmt die Passagen in der Erklärung heraus, die sich mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in der BRD auseinandersetzen und ihnen die Ziele des revolutionären Kampfes gegenüberstellt. Diesen Kampf — die Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung, die Umwälzung der Verhältnisse in der BRD und weltweit und die Infragestellung der bürgerlichen Ordnung — macht das Gericht zur Unterstützung der RAF." (aus dem letzten Flugblatt zum Prozeß)

Überhaupt funktionierte die Interessensgemeinschaft aus BAW und dem vorsitzenden Richter Adam ("Der Rechtsstaat wird mit Ihnen schon fertig!") ausgezeichnet. 7 Jahre bedeutet das für Sigi, Gabi und Sven.

Nur im Falle von Stephan drohte es sich zu spießen.

Stephan wurde zwei Monate nach der Aktion verhaftet. Gestützt auf die politische

Einordnung seiner Person, nämlich daß das "Umfeld stimmt", baute die ganze Anklage gegen ihn auf eine Zeugin, die ihn nach der Festnahme bei einer Gegenüberstellung wiedererkannt haben will. Als die Verteidiger im Laufe des Prozesses aufdecken konnten, daß die politische Polizei (in Frankfurt K 41) an dieser Wiedererkennung manipuliert hat, trennte der Vierte Strafsenat des OLG Frankfurt das Verfahren gegen Stephan vom Verfahren gegen die übrigen drei ab. Nach der Verurteilung von Sigi, Gabi und Sven geht der Prozeß gegen Stephan weiter.

Sämtliche Personenbeschreibungen von ZeugInnen stehen im krassen Widerspruch zu Stephens damaligen Aussehen. Eine erzwungene Gegenüberstellung am Tag der Verhaftung benannte ein Zeuge als "unwürdige Szene", er hätte gewußt, wen er erkennen sollte. Die einzige Belastungszeugin wird nun mit allen Mitteln gestützt, obwohl auch sie bei den ersten Vernehmungen auf Fotos niemand erkannt hatte.

Weitaus wichtiger für das Gericht dürfte aber ohnehin sein, daß Stephens "Umfeld stimmt": Stephan kannte Sigi, Gabi und Sven, er arbeitete während des Hungerstreiks im Infobüro, unterhielt Kontakte mit Gefangenen aus der RAF, und distanzierte sich in seiner Prozeßerklärung nicht von der Aktion gegen die Börse.

Ein politischer Prozeß eben. ●

Revisionsverfahren im Strobl-Prozeß

(TATblatt-Wien)

Nachdem der Bundesgerichtshof den wichtigsten Anklagepunkt (§129a — Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) im Prozeß gegen Ingrid Strobl aufgehoben hatte, wurde in der neuerlichen Prozeßaufnahme am 22. Oktober nur mehr über "Beihilfe zum Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion" verhandelt.

Während der erste Prozeß von Ende Februar bis Anfang Juni 1989 gedauert hatte, wurde das Revisionsverfahren an einem Tag abgewickelt: Die Beweisaufnahme beschränkte sich auf eineinhalb Stunden, in der faktisch keine neuen Beweise in das Verfahren eingebracht wurden. Das Plädoyer der Bundesanwaltschaft wiederholte "die alten Vorwürfe in neuer Verpackung" (taz); die BAW forderte einen Straffahren von vier Jahren. Verteidigerin Edith Lunnebach setzte dem entgegen, daß zwar Ingrid Strobl als Käuferin des Weckers identifiziert worden sei. Ob sie den Anschlag gewollt habe, stehe aber nach wie vor nicht fest; von der im Plädoyer der BAW angegriffenen Beihilfe für einen "terroristischen Anschlag" könne daher nicht mehr die Rede sein.

Drei Jahre schien dem 6. Senat des Düsseldorf Oberlandesgerichts das richtige

Strafmaß, um gegenüber der Bundesanwaltschaft und gegenüber der Öffentlichkeit nicht zu sehr das Gesicht zu verlieren. Davon hat Ingrid Strobl bereits zweieinhalb Jahre in der Untersuchungshaft abgesessen, der Rest soll auf Bewährung ausgesetzt werden. Im ersten Prozeß war Ingrid Strobl zu fünf Jahren Haft verurteilt worden.

Die Streichung des 129a-Vorwurfes war ein Schritt Richtung Deeskalation der bundesdeutschen Repressionsjustiz. Dem Prozeß wurde teilweise das politische Moment genommen, was sich auch in wesentlich geringerer öffentlicher Präsenz ausdrückte, die 129a-Rechtsprechung in ihrer Allmacht relativiert, ohne deren Reichweite wirklich einzuschränken. Nach Ansicht der Verteidigung hat — so die taz — der BGH-Beschluß lediglich dafür gesorgt, daß der Anteil der Spekulation nicht ins Uferlose ausgeweitet wurde.

Lehrauftrag für Ingrid Strobl

Die "Ex-Terroristin" (SN) Ingrid Strobl wird an der Uni Bremen einen Lehrauftrag für dieses Wintersemester im Fachbereich Human- und Sozialwissenschaften erhalten. Sie wird ein Seminar zu "Frauenwiderstand gegen bevölkerungspolitische Maßnahmen" halten. ●

Salzburg:

Ein paar Infos:

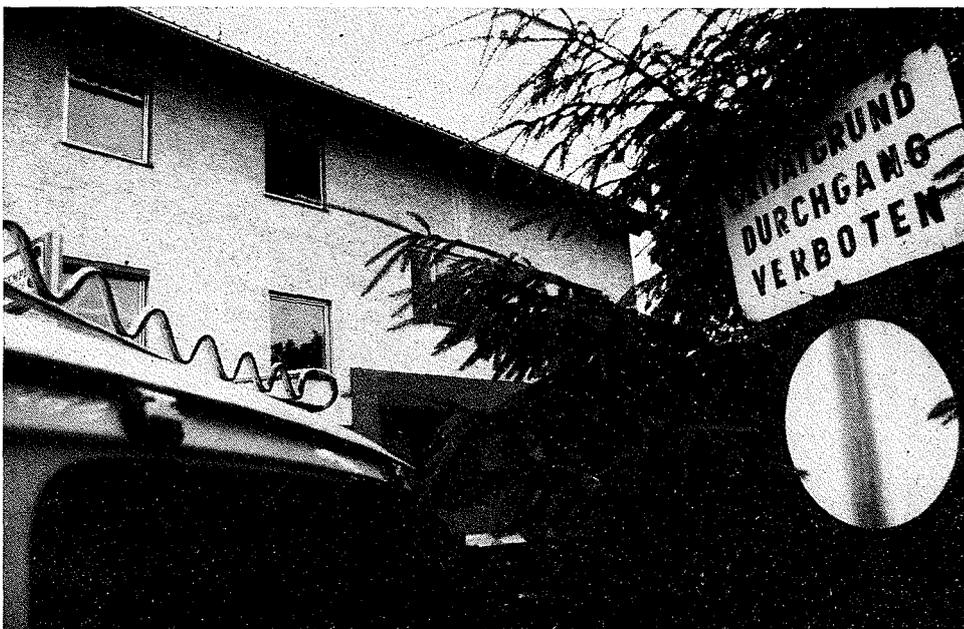
(TATblatt Wien)

Montag oder Dienstag wird das besetzte Haus in der Innsbrucker Bundesstraße abgerissen; falls da noch jemand drinnen ist, kann der Herr Vizebürgermeister für nichts garantieren. Er selbst verreist jetzt eine Woche. Letzten Donnerstag sind die ehemaligen BesetzerInnen in die Fürbergstraße 53 übersiedelt (dieses Haus wurde nach Verhandlungen mit der Stadt für ein Jahr zur Nutzung freigestellt). Erst einmal ins Gartenhäusl dort, da das große erst hergerichtet wird (dauert noch drei Wochen) und im großen auch noch eine alte Frau und zwei Türken wohnen. Von der Stadt werden drei Männer des Vereins "Arbeitslosenselbsthilfe" auf ein Jahr angestellt, zur Betreuung des Projekts "Kultur, Arbeit, Wohnen". Wofür die da sind? Zitat eines Mitglieds des Vereins: "Im Grunde tun wir nichts anderes als dem Vizebürgermeister zu garantieren, daß nichts kriminelles mit dem Haus und seinen BewohnerInnen in Zusammenhang gebracht werden kann". (Ohne Kommentar)

Zwei bis drei Wohnungen sind versprochen worden, eine gibt es nun schon, Mietpreis 2800 öS. Dem Vizebürgermeister (SPÖ) ist es gelungen, die Breite der Wohnungsnot in Salzburg auf das Problem einer zehnköpfigen "Randgruppe" zu reduzieren. Auch innerhalb der "Randgruppe" hat sich einiges verändert. Es geht nicht mehr um einen "Kampf gegen das System", wenn es darum überhaupt je ging, sondern darum einen hausförmigen Zipfel des gesellschaftlichen Wohlstandes zu erhalten.

Wenigstens über den Winter.

Anschließend Brief entstand nach ei-



ner Hetzkampagne der Krone und einer Unterschriftenliste der AnrainerInnen gegen das neue Haus und dessen zukünftigen BewohnerInnen. 200 UntersreiberInnen wollten "das Gesindel" nicht in ihrer Nähe wohnen lassen. Der abgedruckte Brief wurde von 100 Leuten unterstützt.

OFFENER BRIEF AN DEN BÜRGERMEISTER UND DIE "STADT SALZBURG"

(eine Frau aus Salzburg)

da haben die anrainer der fürbergstraße doch tatsächlich erst über die krone erfahren müssen, daß da neue nachbarn unter-

wegs sind. eine himmelschreiende ungerechtigkeit seitens der stadtgemeinde, die hätten doch wirklich von haus zu haus gehen und bescheid sagen können, vorher - ist doch auch sonst so üblich. man hat ja diese leute im leben noch nicht gesehen, aber aus der krone weiß man ja auch schon womit bei denen zu rechnen ist - mit lauter stereomusik nämlich. dagegen muß natürlich eingeschritten werden, sowas läßt man sich nicht bieten, man ist schließlich ein anständiger mensch, ein mensch mit meinung und rückgrat, der immer seine miete gezahlt hat oder die hypothek fürs haus - auch wenn die hoch war, auch wenns hart war, aber deswegen wäre man doch nie auf die straße gegangen

aus dem „Salzburger Fenster“:

Zur Selbstverbrennung eines „Punks“

Wenn diese Zeilen erscheinen, ist Giuseppe vielleicht schon tot. „Giuseppe“, so nannten ihn die anderen Jugendlichen. Giuseppe, mit bürgerlichem Namen Helmut Kofler, 23, ist jener „Punk“, der sich am 21. Oktober vor dem besetzten Haus in Maxglan mit Benzin übergossen und angezündet hat. Er kam mit lebensgefährlichen Verbrennungen – 65 Prozent der Haut sind zerstört – auf die Intensivstation des Salzburger Landeskrankenhauses.

„Giuseppe war der emotionalste, der spontanste von uns“, sagen seine Freunde. Er war unzufrieden, nicht nur mit den Verhältnissen – auch mit

sich selbst. Giuseppe wollte viel ändern. Aus dem Linzer Tischler Helmut Kofler wurde ein „Punk“, dann ein obdachloser Punk.

Bei den Anrainer-Diskussionen um das Projekt Fürbergstraße 53 trat Helmut Kofler stets besonders aggressiv auf. Er gab sich „gefährlich“, auch innerhalb der Jugendlichen. Es hätte deshalb nicht wenige Spannungen gegeben, erzählen Andreas und Marcello. Denn Giuseppe wollte, zumindest verbal, den „Weg der Pflastersteine“ gehen – als einziger der Salzburger Hausbesetzer. „Es ging ihm alles zu langsam“, sagen sie.

In der Nacht vor der vorletzten Anrainer-Versammlung ging Helmut Kofler den Weg der unvorstellbaren Verzweiflung. Er griff nicht mehr die anderen, die ihn so oft ignoriert haben, an – er griff sich selbst an. Gnadenlos und ohne Erbarmen. Helmut hat sich das Benzin nicht nur über die Kleider geschüttet, er muß es auch getrunken haben, denn auch der gesamte Rachenraum ist zerstört.

Vermutlich noch diese Woche werden die Jugendlichen in die Fürbergstraße 53 übersiedeln. Ohne Giuseppe. Ihr neues Heim wollen sie „Helmut-Giuseppe-Kofler-Haus“ nennen. S. W.

und schon gar nicht mit denen - peinlich, wenn einen da wer sieht, wie die ausschauen: lauter revoluzzergesindel! und überhaupt, des gherst si afoch net, des tuat ma net, arbeitn geh, mund hoitn, nix gegn chef, nix gegn die vorschrift, brav die gosen hoiten wanns drauf ankommt, nur redn waun ma gfrogt wird, du muaßt die hoit anpassen, des geht jo net anders, du brauchst jo die arbeit, sunst kaunst die miete net zoin - so is hoit im lebn : hort aber mia san zfrieden.

oba wenn des wer net einsicht und anu durchkummt damit, dann oba reiß ma die pappm auf, daun kriagn ma oba wirklich an hoß, dann stöln ma uns auf die fiaß, do schreibm ma owa glei an burgamasta, daß er des mit uns net mochen kaun. mia sogn eh nix waun ma arbeiten und zahln wie die biedn, oba waun des wer net tuat daun sogn ma was, des lossen ma mit uns net mochen - mia net!

usw. usw. usw....

soviel zum O-ton salzburger hirnhalte (?) von denen wir auch in unserer Nachbarschaft nicht verschont bleiben, wohin man tritt: aggressive speichellecker, kaputte kleibürgerexistenzen, sieg-heil brüllende kirtagbesucher, also: brav arbeitende um ihre existenz kämpfende salzburgerInnen.

gegen deren ekelerregende überzahl keine unterschrittenliste helfen kann... aus diesen und anderen gründen fordern wir:

sollte in unserer umgebung ein haus frei oder gar ein leerstehendes haus bezogen werden, dann dulden wir in unserer nachbarschaft ausschließlichausbesetzerInnen und ähnliche quertreiberInnen!

anscstn müssen wir um unsere eigene ghettoisierung fürchten.

auch unser recht auf menschenwürdige nachbarschaft wäre damit endlich eingelöst!

sollte unserer forderung nicht entsprochen werden und wir wieder gezwungen sein, in unserer nächsten umgebung eine weitere untertanenexistenz hinzunehmen: österr., nichtraucher, arbeitsam, solide, seriös, pflichtbewußt und angepaßt, mit ebensolcher fam.,zähle gerne provision, kautiön und miete 10.000 exkl.; oder gar festspielbesucherInnen, banker, großverdiener, yuppieaufsteiger oder leute, die für ihre wohnung nicht auf die straße gingen,

dann bestehen auch wir darauf, vorgewarnt zu werden, damit wir uns rechtzeitig wehren können.

Es folgen 100 Unterschriften.

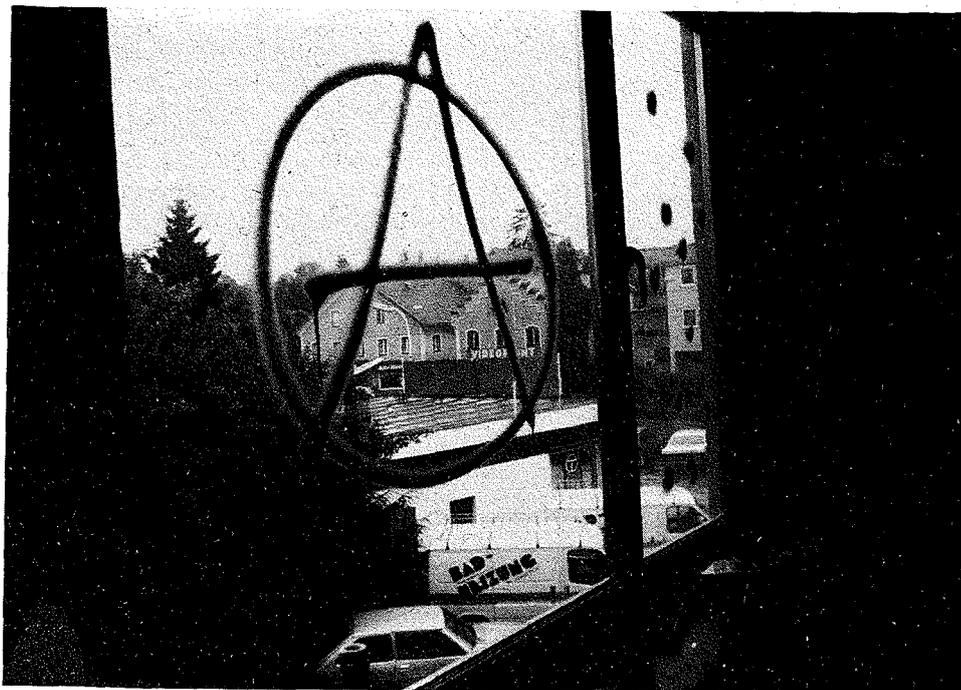
REAKTIONEN AUF GIUSEPPES SELBSTVERBRENNUNG

(eine Frau)

-"A - i denk da gar nimmer daran. Denkt da daran kannst dir ja gleich die Kugel geben. Mir gehts gut, i sauf und kiff mi voll,

das ist das Wichtigste." Beim weggehen dreht er sich noch einmal um, aus der Entfernung "Recht hat er ghabt, eigentlich hat er recht ghabt."

- "Also für mi ist das keine politische Aktion. Es ist so sinnlos. Wär er wenigstens mit einem Auto in eine Kieberei einegefahrn." Wer anders sagt, daß der Typ schon



seit drei Tagen über nichts anderes mehr redet.

- "Nachher wollt keiner mehr in dem Haus schlafen. Ich hab mehrere bei mir wohnen lassen. Ich halte die Stadt nicht mehr aus, Scheiß Salzburg, ich will wieder draußen wo arbeiten, ich bin seitdem voll fertig. Es war ein Todeshaus, es ist gut daß es abgerissen wird. Immer die Besten bringen sie um. Der Giuseppe hat mal zu mir gesagt, immer die Besten bringen sie um."

- "Wie die Christina (mit 24 Herzinfarkt, taps und alkohohl, "Meta Merz") langsam gestorben ist, da hat sich das über Monate gezogen, alle aus der Szene haben das mitgekriegt und keiner hat was gemacht. Alle haben zugeschaut. Sie war ja bekannt, jeden Abend in jedem Gasthaus. Und wie ich immer wieder hin bin und versucht habe mit ihr zu reden, hat sie gesagt 'Bist leicht lesbisch?'"

- "Warum sollt i jetzt verzweifelt sein, weil sich der Giuseppe umgebracht hat? Immer soll i beweisen, daß i a Mensch bin. Wir werden eh das neue Haus Giuseppe-Haus nennen."

- "Du mußt sagen, daß das die Stadt war, der Druck ist zu groß. Da kriegst du dieses Helden- und Märtyrerdenken drauf. Wenn du hier was verändern willst, dann wirfst du deine Persönlichkeit auf die Waagschale. Stellst deine Person zum Abschluß frei, da der Widerstand an deiner Person sichtbar sein soll. Es ist dieses einsame Dastehen, diese dauernde Kontrolle. Jeder Bürger ein Polizist. Hier jagen dich die Taxler wennst

plakatieren gehst. Und der Widerspruch: ein Teil von den vielen Leuten sein wollen und nicht abgehoben dastehen von den anderen Menschen, aber nicht Teil des Systems! Das zerreibt dich wie zwischen zwei Mühlsteinen, früher oder später."

- "Auf dem einen Treffen, wo Anrainer und Leute vom Haus miteinander reden

sollten, im Kongreßhaus, da hats total gekracht. Mir ist schlecht geworden, wie sich die Punks rechtfertigen haben müssen, ihr Aussehen, ihre Lebensweise. Und ein FPÖ-Gemeinderat ist den Giuseppe so angestiegen, daß der Giuseppe hat gehen müssen. Warum haben die sich bloß darauf eingelassen?"

- "Und wir haben uns gestritten und er hat aus Nervosität Steine in den Springbrunnen geschmissen. Ein Radfahrer hat uns deswegen angezeigt. I bin nit stehen geblieben, wie der Kieberer das wolln hat. Nachher hab i auf der Wachstuben den Amtsarzt holen lassen. Irgendein Radfahrer kommt auf die Idee und wir werden mitgenommen und geprügelt. Und am nächsten Tag hat er mich angerufen, mir das von Giuseppe erzählt und wir sind zusammen auf die Intensivstation gegangen."

- "Das war sicher eine besoffene Gschicht. Und auch Taps." Abwinken, weitergehen. Schiebt die anderen beiseite.

- "In der Koröse (Graz) hats drei Tote gegeben. In der Aegidi haben wir Glück gehabt, daß die ganzen Jahre nichts passiert ist. Wir haben noch gesagt, daß der Giuseppe sich sicher nicht in ein Sozialarbeiterprojekt einwickeln läßt, der nicht. Wie er seine Taschen leeren sollte, und der Kieberer mußte das für ihn machen. Der Kieberer war schon voll wütend. Wir mußten lachen, weil Giuseppe so frech war, 'Ariernachweis hab ich keinen', sagte er." ●

Widerstand gegen die Staatsgewalt auf der Alm?

Bericht aus dem Gerichtssaal

Bei der ersten Räumung der Blockade auf der Viehtaler-Alm, OÖ, am 22. August, bei der 90 Gendarmen gegen 3 DemonstrantInnen eingesetzt waren, soll Richard (laut Anklage) bei seiner Festnahme Widerstand geleistet haben. Am 30. Oktober wurde in Steyr verhandelt.

(TATblatt-Wien)

Richard tritt dem Richter allein (ohne Rechtsanwalt) gegenüber. "Entweder er kapiert's oder er kapiert's net". Der Richter, mit einem Schmiß im Gesicht, ist neugierig und "witzig": Die Verhandlung eröffnet er mit einem Querverweis⁽¹⁾, dann Fragen, warum Richard schon so lange studiere und wovon er denn lebe. Ein guter Richter hat bei seinem Urteil die ganze Persönlichkeit des Beklagten zu berücksichtigen, lerne ich später.

Richard erzählt den Räumungshergang: Um die Hütte, in der sich persönliche Gegenstände der BesetzerInnen und Lebensmittel befanden und die im übrigen weder die Zufahrt zur Baustelle noch die Bauarbeiten selbst behinderte, vor dem Abriss zu schützen, sei er auf's Dach geklettert. "Was habt's denn da für Lebensmittel gehabt; Dosen?" Dort habe er sich mit den Händen und Armen an einem querliegenden Baumstamm angeklammert, mit dem Körper sei er auf dem Dach der Hütte, das aus einer Plastikplane bestand, gelegen. Der Richter stellt eine Zwischenfrage: "Was wollten Sie mit der Aktion; wollten Sie einen Finalpunkt setzen?" Richard bejaht, kommt kurz auf's Projekt zu sprechen. Der Richter scheint verständig: "Naja, da is' ma ja dort, um etwas zu demonstrieren." Bei mir immer wieder die Unsicherheit, ist das jetzt zynisch oder ernst gemeint?

Dann genaue Erörterung der Situation, wie zwei Gendarmen Richard herunterholen wollten. Angeblich hätte er mit den Füßen nach ihnen getreten. Der Richter scheint wieder verständnisvoll zu sein: "Haben Sie vielleicht die Füße angezogen, um sich dem Griff der Beamten zu entziehen? Das kann dann leicht so ausschauen, als hätte man hingetreten." Richard weiß es nicht mehr.

Weiter: Seine Umklammerung wäre gelöst worden und er sei am nassen Schrägdach hinuntergerutscht und dann heruntergefallen. "Auf den Mist; den's dort herumliegen g'habt habt's." "Auf die Mülltrennung. Da war der Abfall getrennt nach Papier, Kompost und Glas und ich bin auf die Flaschen gefallen."

Vorwurf: Dort habe er sich dann zu einer Kugel zusammengerollt, Hände zwischen den Oberschenkeln, und beim Versuch, ihm die Handschellen anzulegen, sich immer wieder aus dem Griff der Beamten losgerissen. Richard verneint, das habe er sicher nicht gemacht.

"Sind Sie publicitygeil? Haben Sie gesehen, daß der ORF gekommen ist?" Richard verneint beides. Er meint, ohne anwesende Medien gäbe es ohnehin keine publicity.

Er sei zur Straße getragen worden und

dann mit Gewalt gezwungen worden, selbst zum Gendarmeriebus zu gehen. Richard erzählt von seiner Angst, daß ihm Schmerzen zugefügt würden, weil er erst wenig vorher bei der Räumung der A4 verletzt worden war. "Aha, Schmerzreaktion also."

Als er andeutet, die Anzeige als Reaktion auf eine Verletzungsmeldung des Krankenhauses nach seinem unsanften Abtransport bekommen zu haben, wird der Staatsanwalt böse und erklärt: "Bei jeder Anwendung körperlicher Gewalt, Handfesseln, leichter Waffen und Schußwaffen, ist eine Meldung bei der Staatsanwaltschaft zu machen. Die überprüft dann die Sache ..." "Sind Sie Zivildienstler?" Richard verneint. "Wann ist für Sie das Bewußtsein für Gewaltlosigkeit und Umweltschutz gekommen?" Richard erzählt von seiner Kindheit, Jugend, und daß er Begründer des Jugendklubs Mahatma Ghandi ist.

Erster Zeuge ist ein Bezirksinspektor aus Braunau, Mitglied der Einsatzinheit für Oberösterreich, die nach Hainburg gegründet wurde. "Sagt's einmal, seid's ihr alle aus Braunau?" Eigentlich nicht, aber zufällig der 1. Zug (ca 100 Mann).

"Wenn's einen subjektiven Eindruck haben, dann sagen's das bitte dazu."

Sie seien aufgrund der Notverordnung⁽²⁾ tätig geworden und bei den Fahrzeugen in Bereitschaft gestanden. Richter: "Ja, die Notverordnung, die kommt mir bedenklich vor ..."

2 Gruppen (je 5 Personen) seien abberufen worden, um 3 Störer zu entfernen. Sie hätten nicht gewußt, was vorher passiert sei.

Ob Richard auf sie hingetreten hätte, kann er nicht mit Sicherheit sagen. Möglicherweise hat er nur, wie der Richter zu bedenken gibt, die Beine weggezogen.

Der Versuch, ihn hinten zu "schließen" sei daran gescheitert, daß es aufgrund seiner "Embryo-Haltung" kaum möglich war, ihn irgendwo zu greifen. "Da hätten wir ihm schon den Arm brechen müssen." Und das wollten sie dann doch nicht. Sie hätten ihn eher sanft angefaßt. Der Richter gibt zu bedenken, ob es nicht vielleicht aufgrund des leichten Griffes und nicht sosehr wegen einer Gegenwehr unmöglich war, die Arme hinter den Rücken zu ziehen. "Wissen Sie, wir hatten gestern einen Widerstand, da ist einer mit dem Auto auf den Beamten losgefahren. Im Vergleich kommt mir das vor, wie Mord und Ehrenbeleidigung. Verstehen Sie mich?" Er versteht. Auf die Frage des Richters antwortete er, er hätte eher den Eindruck gehabt, Richard wollte nicht wegrennen, sondern sich plakativ abtransportieren lassen.

Als Richard die Frage stellt, ob er persönlich die Anwendung der Handschellen

für notwendig erachtet hätte, legt der Staatsanwalt sein Veto ein: Ein einzelner kleiner Beamter hätte darüber nicht zu entscheiden, sondern Befehle auszuführen.

Frage an Zeuge Nr 2: "Waren Sie bei der Festnahme des Herrn beteiligt?" "Ja, i glaub, i war bei eam beteiligt." Wo die anderen beiden gewesen wären? "Ich weiß net, ich war so beschäftigt mit eam; i hab nur g'schaut, daß i mein Auftrag erfüll; das war ja g'fährlich da oben, das war mindestens 3,4 Meter hoch." "Ihr habt's net viel Berge im Innviertel, gell? Waren's schwindlig?" "Na, schwindlig war i net".

"Haben Sie schon einmal einen Widerstand gehabt?" "Nein." "Haben Sie sich g'fürchtet vor ihm?" "Nein, fürchten tu ich mich net!"

Auf Nachfrage des Richters hat auch er eher den Eindruck eines demonstrativen Verharrens gehabt, als den des Versuchs, sich der Festnahme zu entziehen.

3. Zeuge: Abteilungsinpektor Freilingger, Zugskommandant. Festes, energisches Auftreten, laute Stimme.

"Schildern's mir ohne Übertreibung den Hergang. Und, Sie wissen, falsche Zeugenaussage ist strafbar."

"Also, er ist da vom Dach runtergerutscht und ist neben mir gelegen und hat sofort mit dem Fuß gegen meine Person hergetreten. Daraufhin habe ich Handfesseln angeordnet."

"Beim Versuch, ihn zu schließen, hat er die Hände immer wieder entrissen. Ich habe meinen Leuten dann geholfen....Mit der Armwinkelsperre, da muß er dann gehen....Ich zeig's Ihnen gern, aber der Herr ist ein bissl empfindlich...."

Staatsanwalt: "Ich werde das Verfahren abkürzen, ich ziehe die Klage zurück. Und zwar, um das Verfahren aus der politischen Dimension herauszulösen." Es gehe nicht um die Sache dort oben, und niemand wisse, welche Meinung er dazu hätte, aber es ginge nicht an, und daß noch dazu unschuldige Gendarmeriebeamte, die doch nichts damit zu tun hätten, dann eventuell beschuldigt würden, usw, usf.

Eine völlig unverständliche Begründung, doch die Moral von der Geschichte: **FREISPRUCH!**

Anmerkung: Die Zitate sind aus dem Kopf und kurzen Notizen, dh eventuell nicht wortgetreu wiedergegeben. Sinngemäße Verfälschungen sollten sich dadurch jedoch nicht ergeben.

⁽¹⁾ auf einen gewissen Hödlmoser (Richard ist Steirer, Hödlmoser auch),

⁽²⁾ "Sperrgebietsverordnung" der Bezirkshauptmannschaft, wonach das Betreten eines bestimmten Gebietes bei Strafe verboten ist; Grundlage ist das Verfassungsüberleitungsgesetz aus dem Jahr 1929 •

Keinen Meter mehr!

Internationaler Transit-Aktionstag, 15. November 1990

Eifrigen TATblatt-LeserInnen wird die Überschrift bekannt vorkommen. Zuletzt kündigte sie eine österreichweite Demonstration mit gleichem Titel im Mai des Jahres an, an der dann ca 2000 Personen teilnahmen. Was sich seither getan hat, ist ebenfalls bekannt: Die Pyhrnautobahn überrollt weitere Äcker und Weiden (siehe dazu auch den Beitrag "Mafiose Gewalt gegen Bauern an der Pyhrnautobahn" in diesem TATblatt), der Bau der A4 wird mit physischer und psychischer Gewalt gegen hartnäckige DemonstrantInnen durchgesetzt, die AnrainerInnen der Brennerautobahn sind weit davon entfernt, von den Automassen entlastet zu werden, und neue Pläne für weitere Straßenausbauten warten bereits in den Schubladen auf ihren "großen Moment".

Doch die Transitrouten in Österreich sind nur Teil eines umfassenden Konzepts, mit dem die Wirtschaftstreibenden Europas (zumindest) den ganzen Kontinent überrollen wollen — "Freie Fahrt" für den "Freien Markt Europa" (siehe dazu auch TATblatt minus 74).

(TATblatt-Wien, Transit-Initiative)

Der 15. November 1990 wurde von EY-FA (European Youth Forest Action) zum internationalen Aktionstag gegen den rasant zunehmenden Schwerverkehr und die Pläne des ERT (European Round Table of Industrialists) erklärt. Einer grenzüberschreitenden Bedrohung soll auch grenzüberschreitender Widerstand entgegengesetzt werden.

Durch den Druck der Wirtschaft — letzthin manifestiert durch die LKW-Grenzblockaden an der italienischen Grenze — scheint in Österreich zur Zeit die ohnehin nicht gerade rigorose Maßnahme der beschränkten Transitgenehmigungen durch Westösterreich gefährdet. Die ÖVP geht noch einen Schritt weiter: Sie hat in ihrem Koalitions-Verhandlungspapier bereits den Neu- und Ausbau diverser Transitautobahnen (Süd-, Nord-, Ost-, Pyhrnautobahn) verankert. Kein Wort mehr von den Absichtserklärungen der schwarz-roten Bundesregierung, die Belastungen aus dem Transit zu verringern.

Auch die schönen Worte der SPÖ: "Bahnausbau vor Straßenausbau — vor der Ostautobahn die Ostbahn, vor der Pyhrnautobahn die Pyhrnbahn", abgegeben in Vorwahlzeiten gegenüber dem VCÖ (Verkehrsclub Österreich; s. verkehrspolitische Befragung, VCÖ-Zeitung 5/90), haben sich angesichts der Ereignisse an der Ostautobahn längst selbst bloßgestellt.

Also, was wir von einer möglichen kommenden Bundesregierung in dieser Beziehung zu erwarten haben, ist offensichtlich. Daher: Nutzen wir den internationalen Aktionstag, um unsere Vorstellungen von Verkehrspolitik zu manifestieren! (Bitte berichtet uns über eventuelle Aktionen —



was bis allerallerspätestens Fr, 16. Nov vor-mittags bei uns eingelangt und nicht zu lang ist, kann noch in die nächste Zeitung kommen)

Die Transit-Initiative organisiert eine Demonstration vor der ÖVP-Bundesparteileitung (Wien 1, Kärntnerstraße 51), 15. November 1990, 10.00 Uhr, um sie von ihren "ökosozialen" Wahnsinnsideen abzubringen.

Die Forderungen der Transit-Initiative an die Koalitionsverhandler:

* Vorrang für die Bahn — Ausbaustopp für Transitautobahnen

* Erstellung eines Bundesverkehrswe-geplanes vor der Durchführung weiterer Ausbaumaßnahmen; Erarbeitung eines Verkehrskonzepts nach ökologischen Richtlinien

- Kompetenzen zu Straße und Schiene in ein Ministerium
- Prinzip der Kostenwahrheit in allen Verkehrsbereichen
- Die Transitverhandlungen mit der EG — müssen transparent geführt werden — der Transitvertrag muß dauerhaft sein — das Verhandlungsergebnis muß von der betroffenen Bevölkerung akzeptiert werden können

bezahlte Anzeige

Lieber hellgraues Papier als dunkelgraue Flüsse.

papierTIGER

Das andere Papier.

WIEN

1020
Springerg. 1
Tel. 2166305

WIEN

1070
Schottenfeldg. 53
Tel. 964307

GRAZ

8010
Glacisstr. 23
Tel. 832703

LINZ

4020
Waltherstr. 2
Tel. 283420

Mafiose Gewalt gegen Bauern und Bäuerinnen an der Pyhrnautobahn!

(Aus der Rede des Bauern Wilhelm Heikenwälder aus Ottsdorf, gehalten während der Transitveranstaltung auf der TU Wien am 17. Oktober vor mehr als 700 Leuten).

(protokolliert von Alexander)

Wie schaut des aus, wamma ois Bauer gegn'd Autobahn is? Also eigentlich a ziemlich lustige Soch ... wanns net wirklich waa! Vor 3 Johrn hom uns wir Bauern, a Handvoll Bauern, in Linz vorm Landhaus mit die Viecher niedalossn, und hom dem Landeshauptmann Ratznböck gsogt: Nur über d'Leich vo unsere Viecha und vo uns wird die Autobahn weitergebaut! A Wocha long hota uns zappeln lossn und am Ende der Woche, wie ma do Tog und Nocht gschlofn hom vorn Landhaus, is a aussekumman der Landeshauptmann und hot gsogt: Liabe Bauern, sads wieder brav, gehts hoam, wir mochn scho wos!

Die Autobahn hot er gmocht! Des Gegenteil homma natürlich vermutet: er mochts, daß sie nicht kummt...

Die Rechnung hot er übrigens jetzt bei der Nationalratswahl präsentiert kriagt, denn die ÖVP hot in den Gemeinden, wo die Pyhrnautobahn gebaut oder geplant is, bis zu 25% Stimmenverluste ghobt! Oba allerdings a no vü zwenig! (*Belebter Applaus!*)

Wir hom drei Kinder dahoam, und in der Wochn, wo i do in Linz druntn woa, woa jo mei Frau mit die Kinder alloani dahoam. Am zweiten Tog san de ersten Anrufe kumma: *Zs Deppen, es deppain Bauern, wos woitsn es no, sads es eh scho gegn olles! Enk ghean d'Heisa onk'hernt* (= angezündet, Red.), *enk ghean die Kiah o'gstocha, net!*

Jezz mei Frau is erst a fünf-sechsadreissg — oder scho? — Joa oid, und i hob drei klan Kinder dahoam, fia di woa des net, in den großn Bauernhof, angenehm, allani zübernachten. Woraufhin don jo, des muass is sogn, die Polizei zu uns ghoifn hot und in da Nocht woan imma zwa Polizistn mit an Schäferhund in der Scheune und hom übernachtet, um uns zu schützen (*Gelächter!*), beziehungsweise meine Frau zu schützen.

Wiama don gsegn hom, daß dea ane oder ondare Bauer alleine ka Chance hot gegen die — nojo i mecht net sogn Mafia, ober gegen de... gegen de Leit, die vielleicht vor zwanzg Johrn (*zeigt auf den Tisch, an dem die engagierten Fachleute sitzen*) do herin gsessn hom und studiert hom und heit gegen uns oabeitn — daß ma ka Chance hom, homma unter uns telefoniert und hom gsogt: Liebe Kollegen, wie waas, wama an Verein gründen, wei wamma uns einig san, wir Bauern, dann hetmma mehr Mocht und do kennt ma wos durchsetzn, net? Und dann homma gsogt, am Freitag um 8 aufd Nocht in den Wirtshaus treffma uns zur Gründungsversammlung.

Und, Herr Dr. Scheiring (Vorredner, Red.), die Staatspolizei is nu besser und nu schneller ois Sie gsogt hom, denn am Donnerstag, des woa an dem Tog, bevor am

Freitag die Versammlung bei uns woa, is die Staatspolizei bei mir am Bauernhof gwen, hot mi vom Traktor obaghoit und hot gsogt: *Der Verein muass folgenden Nomen hom: Arge Bauern fürs Kremstal!* Hob i gsogt: Nojo wans as eh hom woits, don woass i wenigstens, wie i morgn bei der Versammlung reden muass! — (Leichtes, feines Lachen im Publikum.)

Sis für mi immer noch die Frage unbeantwortet: Warum hom des die Staatspolizisten scho gwist, wo no goa nix öffentlich woa? (*Ein einzelner Zuhörer lacht meckernd, nach einer winzigen Pause lacht daraufhin die ganze Versammlung los.*)

Oba des waa natürlich a net so schlimm, des verschmerzt ma ois.

Der Schwiegervater is jezz 67 Jahr, und dann hom mia Bauern moi ausgmocht, mia foan mit unsare Traktor aufd Autobahn und höfn den Besetzern, doss ma eana zogagn, mir san mit eana. Obwoi ma die Besetzer ois grüne Spinner und als Studenten obgstempelt hot, oiso im negativen Sinn, hom hoit miassn mir Bauern aussefoan und sogn: die san gscheida ois wie de Politiker, die uns des oktroyiern! Homma ausgmocht, um ochte vormittag foama weg in Ottsdorf, is a Dorf mit zwölf Bauernheiser, und drei Einfamilienheiser, also eine riesen City (*Lachen*), und do woa an jeda Straßenkreuzung — no mia hom eh netta (= nur) fünf Kreuzungen in Ottsdorf! — war ein unauffälliger VW-Golf stationiert (*Großes Gelächter!*).

Worauf der Schwiegervöta gsogt hot: In der Ständezeit, oiso neunzehndreißg und später, woas net so schlimm! *Do homs no net so vü VW-Golf ghobt, jo?* (*Fröhliches Gelächter*).

Auch das kann man verschmerzen, und man lernt, mit diesen Problemen zu leben, abgesehen davon, daß man geächtet ist in der Bevölkerung, des muass i leider zua-gem, daß die Mehrheit ja nicht auf unserer Seite ist, sondern die Mehrheit no auf der anderen Seite steht.

Ereignisse aus jüngster Zeit, wo es ja doch etwas ruhiger um die Pyhrnautobahn wordn is! Es is mei Ortschaft Ottsdorf eigentlich so ein Zentrum des Widerstands, wo 5 bis 6 Bauern 100 % der Gründe besitzen und sogn: Über unsern Grund ka Autobahn, also ein totaler Stopp!

In den letzten zwa Monat san vier Heustadln obgebrannt, oba nua auf Gründen, die uns Bauern, de ma gegen die Autobahn san, ghean. *Der Täter ist nie gefunden worn*, kunt oba sei, doss die Polizei goa net so intensiv dahinter waa. Oba do untastöll i neamd wos, is nur eine Vermutung. Oba nochdems jezz kan Stodl mehr gibt, gibts andere Möglichkeiten, z. B. haben wir vor 4 Wochen Wintergerste ausgesäht, und die is jezz ungefähr 5 cm lang, und seit 3 Nächten

fetzn bei uns wilde Autos in den Feldern umadam, Voigas, Handbremsn onzogn, Stean grissn! I mecht sogn: a mutwillige Zerstörung der Kulturen der Bauern, die gegen die Autobahn san.

Gfundn hommas no net, die Nocht is finster, und nachdem der durchschnittliche Bauer mu fünfe in der Frua aufsteht, die Kia möcha und um sechs aufd Nocht die letzte Kuah wieda gmöcha hot, hota bei Gott net die Zeit, daß a se in da Nocht aussestöd und schaut, wöche Gauner do umadamfetzn. Obe des Gonze scheint jo organisiert zu sein, um uns mundtot zu mochn. (*Kurze Pause*) Vielleicht gelings it ihnen. -

Politisch lauft die Sache ganz diffizil.

Wie uns mir viazg Bauern vor 2 oder vor 3 Jahren zammggeschlossen hom, samma natürlich olle Schwoaze gwen gö?, ganz klar. Bauernbund, Bauernbundfunktionäre, *schwarz bis zum Tod!* (*Gelächter*). Und donn is oba den größeren schwoazen Politikern des aufgoen, daß do des Fußvolk aufbegehrt! Jezz sans heaganga und hom des eigentlich ganz locker gmocht, hom gsogt: Wissts eh, des san Sozialisten, wäu den sei Vota, der is in Ostdeutschland geborn, des is a Kommunist. Die anderen warn Sozialisten. Und des hot oba net so griffn, weil die anderen Bauern gsogt hom, des gibts do net, der is do bei jeder Bauernbundversammlung gwen, der kann jo net über Nocht a Sozialist wern! (*Erheiterung*) Des hot net zogn. Jezz samma Kommunistn worn. Des homs uns im Volk a net ognumma, dann homs uns zu Grüne gmocht, und des hedns dann fast glaubt, de andern Bauern. Jezz hamma gsogt, des kan net sei, jezz mochma an eigenen Verein, damit ma wieder schwoaze Bauern san. (*Amusement im Publikum*). Tatsächlich des hot funktioniert, jezz hot der Bauernbund mit uns wieda gredt, jezz samma wieda brav im Schoß des Bauernbundes integriert, net? Gedanklich samma grün, des muass i a dozua sogn!

Wann des ganze net so unlustig waa und net so tragisch, traurig wäre, und a großer Teil der Sachen, die sich ereignet hom, jo an dem Tag und bei dem Statement, dos i do abgem darf, *jo goa net erwähnen kann*, dann müßte eigentlich jeder Student, der da sitzt, oder jeder Erwachsene, der da sitzt, aufstehen und hamgehn und sogn: Leidn, foama noch Oberösterreich und treibma amoi den Politikern und den Wirtschaftstreibenden, die si do Milliardengewinne und Stimmen erwarten, den Beelzebub aus, und in zehn Joan ghean den Politikern, die heit no fiad Autobahn schrein ... dHand ins Feia glegt, sodaß si si's ewig merken, daß an gscheidn Bledsinn gmocht hom! Danke.

Radfahren am Freitag: Aggressionen gegen RadlerInnen als Indikator ihrer Unzumutbarkeit

Vorweg nichts neues: Es gibt sie immer noch, die allfreitägliche Fahrraddemo (Treffpunkt jeden Freitag um 16 Uhr am Wiener Rathausplatz). Während die Fahrt am 26. Oktober erstmals mangels Beteiligung ausgefallen ist, waren es am 2. November doch wieder mehr als fünfzig Leute, die den Allerseelentag zu einem gemeinsamen Radausflug zum Zentralfriedhof nutzen wollten. Die anwesende Polizei wurde durch eine etwas modifizierte Demotaktik (un)gehörig verwirrt, als in mehreren Gruppen verstreut vom Treffpunkt losgefahren wurde. An allen möglichen neuralgischen Punkten rannten zwar sofort die Sicherheitskräfte beim Erscheinen von RadfahrerInnengruppen wie aufgescheucht zusammen, die einzelnen Demoteile konnten schließlich aber doch ungehindert fahren, sich später zu einem gemeinsamen Demonstrationszug sammeln und so erreichten — erstmals seit Wochen — tatsächlich alle ihre Ziel. Schließlich radelten also mehr als fünfzig RadlerInnen leise besonnen durch den im wolkenverhangenen Vollmondglanz daliegenden Zentralfriedhof, ohne von — hinter Grabsteinen hervorspringenden — Polizeieinheiten verhaftet zu werden. Da wir erst eine Viertel Stunde nach dem offiziellen Torschluß beim Friedhof angekommen sind, war er übrigens schon vollkommen menschenleer. Vielen Dank an dieser Stelle an den nachsichtigen Friedhofswärter, der uns trotzdem noch eingelassen hat.

Natürlich hat es ein Staat aber sicherlich nicht so einfach, dem grenzenlosen Terror der RadfahrerInnen Herr zu werden. (Die Radfahrdemo hatte diesmal übrigens erstmals den Namen „Rad-

fahren am Freitag“, inklusive dazugehöriger Abkürzung.) Über die Möglichkeit des gewaltsamen Vorgehens gegen RadlerInnen haben wir im letzten TATblatt ausführlich berichtet. Da wir wie immer betont ausgewogen berichterstaten wollen, lassen wir diesmal die Polizei ausführlich erklären, was sie gegen diese Raddemos eigentlich vorzubringen hat. Wir bringen daher heute den Untersagungsbescheid der Fahrraddemo vom 2. November im Originalwortlaut. Die Hervorhebungen und die Klammerbeifügungen sind dem Original entnommen. Wir selbst haben uns jeglicher Kommentare schweren Herzens enthalten. Bei einem Satz kommen wir aber nicht umhin, ihn hervorzuheben, auf daß er zu Ende gedacht wird: „... So ist es auch verständlich, daß bei unzumutbaren Verkehrsbeeinträchtigungen Aggressionshandlungen der Beeinträchtigten [also der AutofahrerInnen; Anm Tb] geradezu heraufbeschworen werden. Diese können unter Umständen sogar als ein gewisser Indikator für die Unzumutbarkeit einer Beeinträchtigung angesehen werden.“

Schmecks! Oder sollte das heißen, daß wir, um zu zeigen, daß,... ? Hmm!

In Zukunft soll mit dem blöden Anmelde-Untersagungsspielchen wieder einmal Schluß gemacht werden. Wie auch schon im Sommer sollen die Radfahrten ohne ausdrückliche Anzeige bei den Behörden erfolgen. Damals hatte sich diese Vorgehensweise einigermaßen gut bewährt. Nur ausgesprochen selten war ein Polizist in Demonähe zu beobachten. „Nur“ ein einziges Mals kam es zu gewalttätigem Einschreiten der Behörden.

Nun aber zum aktuellen Untersagungsbescheid.

(Bundespolizeidirektion Wien;
Büro für Vereins-, Versammlungs- und Medienrechtsangelegenheiten)

Am 31. Okt. 1990 langte per Post bei der Bundespolizeidirektion Wien die Anzeige einer „Fahrraddemonstration“ am 2. Nov. 1990 ein.

In Erledigung dieser Versammlungsanzeige erläßt die Bundespolizeidirektion Wien nachfolgenden

Bescheid

Die seitens Herrn XY⁽¹⁾ für den 2. 11. 1990 in der Zeit von 16.00 — 18.00 Uhr zum Thema „Gedenken der Verkehrstoten, Hinweis auf die Zahl der Blutopfer im Straßenverkehr“ angezeigte Versammlung auf der Route Rathausplatz (...)-Zentralfriedhof 3. Tor (Abschlußkundgebung) wird gemäß §6 des Versammlungsgesetzes 1953 untersagt.

Die aufschiebende Wirkung einer gegen diesen Bescheid erhobenen Berufung wird gemäß §64 Abs. 3 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz 1950 ausgeschlossen.

Begründung

Die Behörde hat ihrer Entscheidung folgende Überlegungen zu Grunde gelegt:

Die angezeigte Versammlung ist als allgemein zugängliche Versammlung ohne Beschränkung auf geladene Gäste im Sinne des Versammlungsgesetzes 1953 anzuse-

hen und unterliegt daher den Bestimmungen dieses Gesetzes.

Gemäß §6 des Versammlungsgesetzes sind Versammlungen, deren Abhaltung die öffentliche Sicherheit und das öffentliche Wohl gefährden, von der Behörde zu untersagen.

Ort und Zeit der geplanten Demonstration sind vom Veranstalter so gewählt worden, daß ihre Abhaltung eine Lahmlegung des Fahrzeugverkehrs in großem Umkreis um die Demonstrationsroute bewirken

Illustration: Ein Much-Cartoon aus dem *akin* würde.

Gerade am 2. November, dem Allerseelentag, fällt der übliche Freitagnachmittagsverkehr (Verkehrsspitze vor dem Wochenende) mit dem Verkehrsaufkommen all jener Personen zusammen, die in Ausübung ihres Glaubens oder aus sittlicher Verpflichtung die Gräber ihrer verstorbenen Verwandten oder Freunde besuchen.

Es mutet zynisch an, wenn eine im Verhältnis zum gesamten Verkehrsaufkommen doch relativ kleine Minderheit unter



Fußnote:
(1) Name von der Redaktion geändert

dem Titel "Gedenken der Verkehrstoten" (in Wirklichkeit geht es dem Veranstalter um die Durchsetzung der Rechte von Radfahrern gegenüber dem motorisierten Individualverkehr) durch Verursachung von Verkehrsstaus das Totengedenken tausender Unbeteiligter be- wenn nicht sogar verhindert.

Aus der Formulierung in der Versammlungsanzeige "der öffentliche Verkehr, Fußgeher- und Radfahrverkehr soll durch die Veranstaltung nicht beeinträchtigt werden" ergibt sich als Umkehrschluß, daß der Veranstalter sehr wohl mit Behinderungen des Kraftfahrzeugverkehrs rechnet und diese sogar beabsichtigt. Wenn allerdings der Individualverkehr zum Erliegen kommt, trifft dies in gleichem Ausmaß — wenn auch unbeabsichtigt — die öffentlichen Verkehrsmittel.

Auch die Bemerkung "Die Veranstaltung findet im Sinne der bisherigen Judikatur des VfGH unter Berücksichtigung der im Art. 11 Abs. 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention erwähnten Schutzgüter der Aufrechterhaltung der Ordnung und des Schutzes der Rechte und Freiheiten auch der aus eigener Kraft fahrenden Verkehrsteilnehmer während der Freitag-Nachmittag-Verkehrsspitze statt" läßt darauf schließen, daß auf die in der Europäischen Menschenrechtskonvention erwähnten Schutzgüter anderer Verkehrsteilnehmer keine Rücksicht genommen werden soll.

Der Hinweis "auf dem Schwarzenbergplatz sollte der zu erwartende Stau dadurch unterbunden werden, daß die Kfz nur in Fünfergruppen auf den Platz eingelassen werden"⁽²⁾ kann nur als Provokation verstanden werden und zeugt von den wahren Absichten des Veranstalters. Dem gegenüber stellt sich die Zusage "der Kfz-Verkehr soll durch die Veranstaltung nicht zusätzlich behindert werden" als inhaltslose Absichtserklärung dar.

Tatsache ist, daß durch die geplante Demonstrationsfahrt unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen bei den allwöchentlich ablaufenden gleichartigen Versammlungen aufgrund der Routenwahl (die wichtigsten Adern des innerstädtischen Verkehrs an diesem Tag sind betroffen) sowie des Ortes der Abschlußkundgebung (das 3. Tor ist der Hauptzugang zum Zentralfriedhof, der an diesem Tag von mehreren Hunderttausend Personen aufgesucht wird) mit einem völligen Stillstand des Verkehrs und einem viele Tausende Unbeteiligte treffenden, unzumutbaren Verkehrschaos in weiten Bereichen der Stadt zu rechnen ist, das auch durch noch so umfangreiche verkehrspolizeiliche Maßnahmen nicht

zu verhindern wäre.

Tatsache ist auch, daß es schon bisher aufgrund der bei solchen "Veranstaltungen" herbeigeführten Verkehrsbeeinträchtigungen immer wieder zu Provokationen, zahlreichen verbalen Auseinandersetzungen und sogar Tätlichkeiten zwischen Radfahrern und motorisierten Verkehrsteilnehmern gekommen ist. Mehrere Radfahrer mußten wegen verschiedener Verwaltungsübertretungen festgenommen werden.

Bei sorgfältiger Interessensabwägung im Sinne der bisherigen Judikatur des Verfassungsgerichtshofes erfordern die im Artikel 11 Abs. 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention erwähnten Schutzgüter der Aufrechterhaltung der Ordnung und des Schutzes der Rechte und Freiheiten anderer daher unter den geschilderten Umständen die Untersagung der beabsichtig-

sogar als ein gewisser Indikator für die Unzumutbarkeit einer Beeinträchtigung angesehen werden. Bei Beurteilung der Frage, ob eine Untersagung der Versammlung wegen Gefährdung des öffentlichen Wohls zulässig ist, hat die Behörde das Interesse des Veranstalters an der Abhaltung der Versammlung in der angezeigten Form gegen die im Art. 11 Abs. 2 EMRK genannten öffentlichen Interessen am Unterbleiben der Versammlung abzuwiegen. Sie hat daher zu beurteilen, ob die mit der Versammlung verbundenen Beeinträchtigungen von der Öffentlichkeit hingenommen werden müssen (Erk.d. VfGH vom 28.9.1989, Zahl B 577/89).

Bei dieser Abwägung der Interessen geht es also nicht darum, ob dem öffentlichen Verkehr oder dem Individualverkehr, bzw. in welchem Maße dem einen oder an-

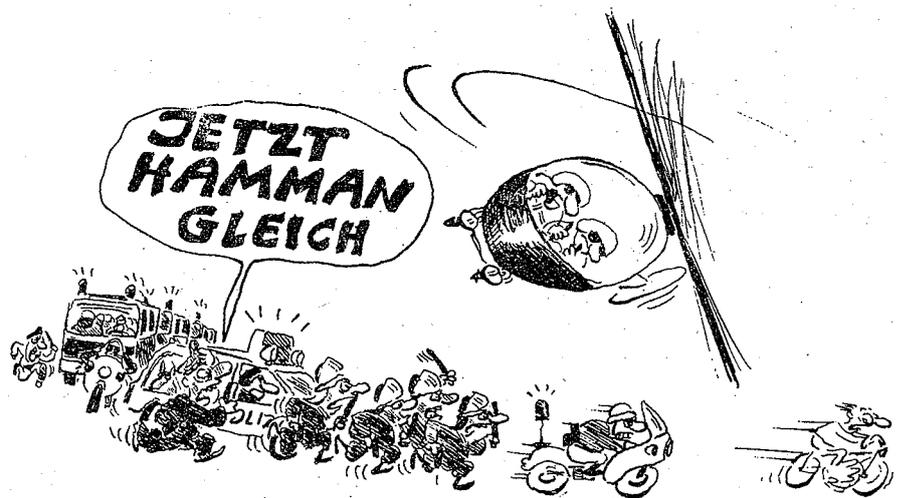


Illustration-Fortsetzung: Much-Cartoon aus dem akin

ten Versammlung. Die zu befürchtende unvermeidbare, weiträumige, lange währende extreme Störung des Straßenverkehrs läßt derart gravierende Belästigungen und auch sicherheitsgefährdende Beeinträchtigungen zahlreicher Personen erwarten, daß auch bei voller Berücksichtigung des Zieles der beabsichtigten Versammlung die gebotene Interessensabwägung zuungunsten des Versammlungsorganes ausfallen mußte.

Wohl ist es richtig, daß mit Versammlungen an öffentlichen Orten verbundene Beeinträchtigungen des öffentlichen Wohls, so auch die Beeinträchtigung der Leichtigkeit und Flüssigkeit des Straßenverkehrs in gewissem Umfang in Kauf genommen werden müssen, doch übersieht der Versammlungsanmelder, daß der Zumutbarkeit solcher Beeinträchtigungen Grenzen gesetzt sind. So ist es auch verständlich, daß bei unzumutbaren Verkehrsbeeinträchtigungen Aggressionshandlungen der Beeinträchtigten geradezu heraufbeschworen werden. Diese können unter Umständen

deren der Vorzug gegeben werden soll, sondern ausschließlich darum, ob die Abhaltung der Versammlung in der geplanten Form, an dem in der Anzeige angeführten Ort angesichts der gegebenen Verkehrslage eine unzumutbare Beeinträchtigung der Allgemeinheit und damit eine Gefährdung des öffentlichen Wohls darstellt.

Zur Wahrung des Parteigehörs wurde dem Veranstalter, Herrn XY, in einem Telefonat am 31.10.1990 die Absicht der Behörde, die Versammlung zu untersagen, mitgeteilt⁽³⁾. Herr Y erklärte, den Bescheid (wie bereits die vorhergegangenen) im Instanzenzug anfechten zu wollen.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

Einer allfällig gegen diesen Bescheid erhobenen Berufung mußte die aufschiebende Wirkung aberkannt werden, weil ansonsten die Gefahr einer Vereitelung des durch die Untersagung beabsichtigten Zweckes bestanden hätte.

Rechtsmittelbelehrung (...).Der Vorstand i.V. gez.: Dr Hagen ORat ●

Fußnote:

(2) dazu ein erklärender Hinweis auf die historischen Bezüge: Bei der Fahrraddemo vom 12. Oktober wurden die RadlerInnen rahmens einer „Verkehrskontrolle“ eingekesselt und nur in Gruppen zu maximal fünf (meiner Erinnerung nach, maximal drei) Personen wieder rausgelassen. Personen, welche nach Verlassen des Kessels abermals anhielten, um sich mit anderen zu einer größeren Gruppe zu sammeln, wurden wegen Verstoßes gegen ein Halteverbot angezeigt, eine Person wurde zur Personalienfeststellung aufs Kommissariat mitgenommen. Anm. TATblatt

(3) XY kann sich daran übrigens nicht erinnern. Davon abgesehen, ob unter Parteigehör wirklich nur zu verstehen ist, daß die Behörde der Partei etwas zu Gehör bringt.

Die KPÖ in dem Sinne gibt es nicht

Interview mit Walter Silbermayr,
Co-Vorsitzender der KPÖ

TATblatt: Was sind die politischen Ziele der KPÖ, was sind die Formen mit denen sie politische Ziele durchsetzen kann, in welche Richtung geht der Diskussionsprozeß innerhalb der KPÖ? Welche Möglichkeiten der Intervention gibt es? Auf welche Art und Weise soll interveniert werden. Was heißt für die KPÖ "Druck auf der Strasse", welche Perspektiven gibt es für die nächsten 2,3,4 Jahre für die KPÖ?

Silbermayr: Das entscheidende für uns ist, daß die Bewegungen stärker werden — damit meine ich die außerparlamentarischen Bewegungen — dort wo Menschen aktiv werden, für ihre Interessen eintreten — kämpfen. Für politische Ziele würde ich im wesentlichen "links" definieren. Emanzipationsziele, Emanzipation der Frau, Emanzipation von unterdrückenden Verhältnissen, Demokratisierung im Bereich des Bundesheeres, der Polizei, des Betriebes, des Staates. Hier liegen im wesentlichen unsere Zielvorstellungen. Wir erwarten uns nichts vom Staat; wir erwarten uns nur so viel als dem Staat abgetrotzt werden kann und gegenüber dem Staat durchgesetzt werden kann. Ich erwarte mir auch nicht, daß das Parlament etwas in Richtung dieser Ziele bewegt.

TATblatt: Ich wollte gerne wissen, mit welchen Mitteln die KPÖ glaubt, beispielsweise das Ziel Demokratisierung der Polizei und des Bundesheeres; das sagen wir einmal in Abschnitten auch ein Ziel der Autonomen ist — wenn man Demokratisierung in diesem Fall mit dem Wort Abschaffung gleichsetzt. Welche Mittel siehst du, als momentaner Vorsitzender der KPÖ das auch wirklich durchzusetzen, dieses Ziel zu erreichen? Welche Mittel kann und will die KPÖ da ergreifen?

Silbermayr: Erstens bin ich der Meinung, daß verschiedenste Aktionsformen praktiziert werden, angefangen von Aufklärungsarbeit über Podiumsdiskussionen, Unterschriftensammlung, Flugblattverteilen, und auch damit Diskussionen zu führen und der Kronen Zeitung und ihrer Propaganda entgegenzuwirken, bis hin zur Demonstration. Ich bin auch der Meinung, daß es notwendig

ist direkte Aktionen zu führen. Aktionen z.B. gegen das Bundesheer, die davon getragen werden, daß wir mit der Abschaffungsforderung die Menschen überzeugen



können. D.h. im wesentlichen ist das der Punkt. Wir werden, um beim Bundesheer zu bleiben, die Abschaffung dann durchsetzen, wenn die Herrschenden dadurch unter Druck kommen, daß immer größere Teile der Bevölkerung mit diesem Heer nichts mehr zu tun haben wollen. Das heißt, Aktionsformen die diesem Ziel dienen, sind für mich legitim. Wir werden auch Formen des zivilen Ungehorsams in Richtung Wehrdienstverweigerung unterstützen.

TATblatt: Intention dieses Interviews ist auch die Frage "Was können wir überhaupt mit der KPÖ machen?". Wir haben uns mit dieser Frage auseinandergesetzt. Wir haben genügend Erfahrung in Bezug auf Zusammenarbeit mit der KPÖ.

In Bündnissen war es stets unsere Erfahrung, daß die KP der bestimmende Teil war, um direkte Aktionen abzuwehren, und da-

rauf bedacht war andere Kräfte auszugrenzen; Kräfte die weitergehen wollten, und es war zum Teil die Mehrheit der Leute, die das wollten. Ich erinnere mich an die Sozialabbaubewegung, wo es ein programmatischer Punkt der KP war, Autonome und unabhängige Kräfte rauszudrängen; ich erinnere nur an den Artikel von Walter Baier in der Volksstimme (1). Interessant ist, daß sich Baier dazu nie geäußert hat, obwohl wir ihn konkret darauf angesprochen haben, z.B. im Gespräch über das linke Bündnis (2), wo er praktisch nichts gesagt hat. Die Politik der KPÖ war es, radikale linke Kräfte hinauszudrängen. Das Prinzip war es, selbst Demonstrationen zu verunmöglichen. Die Alternativen waren "kämpferische Feste" oder ein Symposium mit Vertretern der Bundesregierung (3). Ich habe es nie so erlebt, daß die KPÖ den Druck auf der Strasse überhaupt will.

Silbermayr: So ungefähr sehe ich das auch — ich sehe das als Fehler. Ich kann mich erinnern, daß sich ein Teil der Kommunisten in der Friedensbewegung, gegen das Luftballonsteigen mit dem Silberstreif in Graz gewendet hat (4). Das war meiner Ansicht nach ein Fehler. In der Sozialbewegung, aus meiner Erinnerung war eher nicht von den KommunistInnen die Orientierung Autonome und Unorganisierte hinauszudrängen; hier hat es wahrscheinlich schon ein anderes Herangehen gegeben. Ich kann für uns jetzt sagen, daß diese Dinge nicht unserer heutigen Politik entspricht.

Ich halte das linke Spektrum, in dem die Autonomen ihren Platz haben, für so, daß nicht eine Gruppe der anderen Vorschriften macht, welche Aktionsformen sie in den Vordergrund stellt, und wenn die Mehrheit in einem Bündnis für direkte Aktionsformen eintritt, dann wird es auch so sein; insofern hat sich die Politik der KPÖ sicher verändert. Ihr müßt unseren Ansatz sehen für uns sind diese Aktionsformen, die im wesentlichen die Autonomen anstellen, nicht die Aktionsformen die in die Hauptrichtung unserer Ziele gehen; nämlich politische Überzeugungsarbeit zu leisten. Hier gibt es sicher einen Konfliktbereich.

TATblatt: Da möchte ich klar stellen, daß es nicht "die" autonome Politik ist, Demonstrationen oder sonst etwas zu organisieren; Aufklärungsarbeit ist ein wesentlicher Punkt unserer politischen Arbeit. Was ich ansprechen wollte, war diese extreme Politik der KP in Bezug auf Entscheidungen, die im Hinterzimmer getroffen werden, persönliche Einladungen, Geheimgespräche, keine Weitergabe der Informationen. Es ging dabei nicht nur um das autonome Spektrum.

Ein Beispiel: Die Sozialabbau demo 1988, die eine unabhängige war, die dann aber auch zum "kämpferischen Fest" (3) auf den Ballhausplatz führte. Es war eine breite Demo mit Soli-Gruppen, Gruppen aus dem

Wohin geht die Linke?

Schon nach der heurigen Opernball-Diskussion, die im TATblatt ausführlich in eigenen TATblatt-Extras geführt wurde, versuchten wir eine Diskussion über Strategien und Perspektiven innerhalb der Linken zu starten.

Doch diese Diskussion wurde nie geführt.

Da wir meinen, daß es nicht sein kann, daß es innerhalb der radikalen Linken keine Auseinandersetzungen und Diskussionen gibt, versuchen wir es jetzt auf's neue.

Ein erster Ansatzpunkt für Diskussionen, soll das Interview mit dem Vorsitzenden der KP, Walter Silbermayr sein.

Wir erwarten uns zahlreiche Diskussionsbeiträge, Reaktionen...

Schimpfen, motschgern, ätzen in euren WG'S und eurem persönlichen Umfeld allein gilt nicht.

Werdet öffentlich und bezieht Stellung!

Sozialbereich — es war ein breites Unbehagen mit der KPÖ vorhanden...

Silbermayr: ...ja, ja sicher, das nehme ich zur Kenntnis und nicht nur zur Kenntnis, sondern ich sage es hat die KP in vielen diesen Fragen eine falsche Bündnispolitik gemacht. Was sicher falsch ist, ist hinter den Türen und in einer Mausechelpolitik, Mehrheitsverhältnisse in einem Bündnis zu schaffen, die im wesentlichen andere überfahren, oder instrumentalisieren; das ist der entscheidende Punkt für mich. Ich hoffe, daß dies endgültig der Vergangenheit angehört.

TATblatt: Ich versuche die Frage jetzt etwas anders zu stellen; nehmen wir das Beispiel des heurigen Opernballs. Ich sage jetzt als Autonomer, daß sich die Autonomen in der Vorbereitung zur Demonstration verzettelt haben; darüber kann man jetzt diskutieren oder nicht, das ist eine langwierige Geschichte. Ganz konkret würde ich jetzt sagen: es gibt eine Situation, daß Jahr für Jahr mehr Jugendliche am Tag des Opernballs in die Innenstadt gehen wollen, und man kann sagen, das Bedürfnis dieser Jugendlichen ist es, einmal im Jahr der Polizei eins auf den Deckel zu geben, wenn man es pointiert sagen möchte, Rache zu nehmen für die Schmähungen die sie das ganze Jahr über erlebt haben.

Ein Problem der Autonomen ist: wie können wir einerseits dieses Bedürfnis, das für uns auch ein ganz klar politisches Bedürfnis ist, auch wenn es von diesen Leuten nicht so erlebt wird, wie können wir diese Bedürfnis befriedigen. Ohne daß es in einer Katastrophe endet, wobei Katastrophe für uns Verletzte, Unmengen an Festnahmen, Gerichtsverfahren, etc. bedeutet. In diesem Jahr hat eine Gruppe, der auch KP-Gruppen angehört (KSV, KJÖ), eine Aktion vorbereitet, den sogenannten "runden Tisch" (5). Das erklärte Ziel davon war es, diese Manifestation der Wut der Jugendlichen zu verhindern. Das ist für mich jetzt ein Widerspruch: einerseits auf diese Wut zu spekulieren, andererseits Aktionen zu unternehmen, um diese Entladung dieser Wut zu verhindern. Welches politische Ziel verfolgt die KPÖ dabei?

Silbermayr: Bei den Opernballdemos ist es sicher das Ziel, daß man Anliegen darlegen kann und daß sie auch vermittelt werden können. Da es bei der Opernballdemo nicht in erster Linie um die Auseinandersetzung mit der Polizei geht, sondern um den Reichtum und die Vergeudung in dieser Gesellschaft, und um das soziale Elend, Ausgrenzung und um die Wohnungsnot; das ist für uns die entscheidende Frage. Wenn dieses Anliegen auch über die Bühne kommt, dann hat die Opernballdemo die Unterstützung breiter Teile der Bevölkerung und es wird der Polizei erschwert in ihrer Art und Weise vorzugehen. D.h. es geht uns darum, das Ganze in ein bestimmtes Klima zu bringen, das im wesentlichen auch der Polizei den Handlungsspielraum einengt — und das ist wahrscheinlich unser spezifischer Beitrag zu solchen Aktionsformen.

Aktionsformen die direkt auf die Polizei hingerichtet sind, halten wir nicht für zweckmäßig, aber es ist ja nicht unsere Aufgabe

das zu verhindern. Wir sehen uns nicht als Schutzmacht der Polizei an. Das würde so einige Konturen von neuen Bündnissen auf tun, d.h. es brauchen nicht alle dasselbe wollen, das ist ja dann kein Bündnis, sondern es kann eine bestimmte neue Form von Zusammenwirken oder parallelem Wirken sein und es soll jeder seine spezifischen Anliegen und auch spezifischen Kampfformen einbringen, und dem anderen aber keine Vorschriften machen. Wenn ich sage, daß ich das autonome Spektrum als Teil des linken Spektrums sehe, dann heißt das, daß wir ihre Anliegen, ihre Formen der Durchsetzung respektieren. Wir brauchen sie nicht akzeptieren, wir brauchen sie nicht für uns übernehmen; aber es geht darum, daß in einem Bündnis zu respektieren. Was ich auf alle Fälle als Form eines Bündnisses sehen würde, auch wenn ich das nicht akzeptiere, daß z.B. eine Form der direkten Auseinandersetzung mit der Polizei gesucht wird, bin ich dennoch der Meinung, daß man zeigen soll, auf welcher Seite man steht. Wenn etwas passiert bin ich dafür, daß die KP in irgend einer Form unterstützend wirkt.

TATblatt: Ich mag die KPÖ nicht aus der Verantwortung entlassen, sich wie andere Linke um die Verteidigung einer Demonstration zu kümmern. Es ist doch so, daß es eigentlich nicht von uns abhängt, ob die Polizei einschreitet. Außerdem ist es so, daß Faschisten seit 1 1/2 Jahren faktisch jede Demonstration angreifen. Unsere Antwort darauf ist, daß man sich entsprechend darauf vorbereitet und sich schützt. Du hast dich jetzt distanziert davon, aber es war die Politik der KP, es zu verunmöglichen, daß man sich wehrt, z.B. konkret am Opernball zu verhindern, daß die Leute sich gegen die Faschisten, die ständig die Demo angriffen, wehren. Wie siehst du, wenn Demonstrationen für dich auch eine Aktionsform sind, die Rolle der KP?

Z.B.: gerade die Antifa-Demo (6) die von der Polizei aufgelöst wurde; wie ist da die Stellung der KPÖ, oder wie verhalten sich KPler in einer derartigen Situation?

Silbermayr: Ich würde erstens unterscheiden — was einzelne Mitglieder machen ist ja letztlich ihre Sache. In dieser Frage der Aktionsformen wird es in der KP unterschiedliche Meinungen geben. Ich halte es nicht für meine Aufgabe, da jetzt eine einheitliche Linie auszugeben und dann zu sagen: die wird durchgesetzt. Es gibt unterschiedliche Auffassungen über die diskutiert wird und letztlich muß das auch nach der Zweckmäßigkeit bestimmt werden. Jeder politische Kampf wird in irgend einer Form nach der Zweckmäßigkeit bestimmt werden. Ich halte in manchen Formen eine direkte Auseinandersetzung mit Nazis für notwendig. Insofern möchte ich das gar nicht ausschließen als Aktionsform, aber man muß sich anschauen wo es zweckmäßig ist, wo es dem Selbstschutz dient, und wo es unter Umständen auch dazu dient, bestimmte Provokationen zu unterbinden. Insofern ist das für mich nicht unbedingt eine Prinzipfrage. Ich möchte nur davor warnen, daraus ein Prinzip zu machen. Vielleicht besteht die Rolle der KP vor allem darin, daß

sie aufgrund ihrer Vertretung oder Verankerung in Betrieben, Gewerkschaft, Gemeinden und anderen Bereichen in irgend einer Form Rahmen mit absichert, daß Verständnis beispielsweise für bestimmte Aktionen in der Bevölkerung, gegen den Meinungsterror der Kronen Zeitung und der anderen rechten Medien entwickelt wird. Daß man beispielsweise Verständnis entwickelt, daß die sozialen und politischen Anliegen, die hinter den Aktionsformen stehen, auch vermittelt werden, was ja die Medien nicht machen.

In der Richtung ist das ja auch meine Vorstellung von einem linken Bündnis, das nicht alle unbedingt dasselbe machen müssen, und auch die Latte nicht so gelegt wird und wir auch nicht die Latte an die Autonomen legen, und umgekehrt die Autonomen die Latte nicht an uns legen.

Ansonsten gibt es ja kein Bündnis, ansonsten ist es ja nur der Versuch sich wechselseitig über die Bank zu ziehen, und das ist für mich kein Bündnis; da sehe ich die Hauptfehler der Vergangenheit. Mir geht es nicht darum jetzt bei den Autonomen in einem Bündnis zu schauen, daß möglichst viele Autonome zu Kommunisten werden, sondern es geht auch darum in einem bestimmten Zusammenwirken — gemeinsame Politik machen abzustecken und dann aber auch die Unterschiede herauszuarbeiten und die auch zu akzeptieren. Vielleicht ist das das eigentlich Neue an der Bündnispolitik der KPÖ.

TATblatt: Ich habe jetzt folgende Frage: Du hast Begriffe verwendet wie das Zusammenwirken der einzelnen Fraktionen, das Einbringen der jeweiligen Kampfform, die Akzeptanz untereinander, und daß keine einheitliche Linie innerhalb der KPÖ in gewissen Fragen erzwungen werden kann.

Das möchte ich jetzt übertragen auf das Beispiel des Ernst Kirchwegger Hauses.

Da möchte ich von dir wissen: Was war, vor allem in den ersten Wochen das Zusammenwirken, zwischen den BesetzerInnen und der KPÖ, was war das Einbringen der eigenen Kampfform, was es z.B. die österreichweit mobilisierte KP-Demo, die nach außen so gewirkt hat, daß es darum geht aufzumarschieren und die BesetzerInnen hinauszuschmeißen, was letztendlich durch die KünstlerInnen verhindert wurde (7), was war die Akzeptanz untereinander, und was heißt, es kann keine einheitliche Linie in der KPÖ geben, wenn ich mir in diesen Tagen die Berichterstattung in der Volksstimme anschau, wo ich die Volksstimme wiederum als zutiefst stalinistisches Blatt empfunden habe.

Du hast dich jetzt immer auf die Vergangenheit berufen, dieses Beispiel liegt nicht soweit zurück und ist noch immer eine offene Frage.

Silbermayr: Erstens, die Besetzung der Wielandschule ist für mich kein Ausdruck von Bündnispolitik. Das ist auch meine Kritik an der Besetzung. Das ist eine bestimmte Wunde, die von Anfang an da war. Das ist ja einmalig, das gibt's ja in ganz Europa nicht, daß autonome Gruppen ein Haus der KP besetzen...

TATblatt:...in Italien gibt es das...

Silbermayr: Ihr werdet zugeben, daß das etwas außergewöhnliches ist.

Das ist das erste. Man muß sich mit so einer Situation beschäftigen, verarbeiten und einordnen.

Der zweite Punkt war der, wir haben die Polizei weggeschickt, obwohl sie sich angeboten hätte. Das heißt, wir haben von vornherein nicht auf gewaltsame Lösung gesetzt; und es war am gleichzeitig stattfindenden Landesparteitag die Orientierung, eine politische Lösung zu suchen. Und das hat sich ja ganz gut entwickelt, meiner Ansicht nach.

Das waren Diskussionen, die waren lehrreich und interessant, auch für uns, etwas wirklich produktives.

Der Punkt, wo für mich ein Vertrauensbruch war, wo die Besetzer über den Bereich hinaus weiter besetzt haben, den wir eigentlich vereinbart haben.

Es gibt sicher eine andere Auffassung von ihrer Seite, aber das war für mich eigentlich der Punkt, wo ich die Grundlage für Verhandlungen nicht mehr gesehen habe.

Dennoch bin ich froh, daß sich die Schriftsteller eingeschaltet haben.

Es war irgendwie eine Pattsituation und es war gut, daß sich ein Dritter, der mit beiden Seiten konnte, zur Verfügung gestellt hat, und im Nachhinein betrachtet halte ich das für ein politisches Glück auch für die Linke, daß eine weitere Zuspitzung verhindert worden ist, die sich emotional in der ganzen Situation entwickelt hat, das ist ganz sicher das Problem.

TATblatt: Wie ist für dich die Zuspitzung vorangetrieben worden?

Ich habe das ziemlich eindeutig erlebt, wie von der KP-Seite Zuspitzung betrieben wurde — durch die Berichterstattung, durch den Aufruf zur Demo...

Wobei ja zu diesem Zeitpunkt über eine Öffnung der Volksstimme diskutiert wurde, genau da habe ich wiederum erlebt, daß mit dieser Zeitung der Hegemonialanspruch der KP auf das Blatt und Machtinstrument dokumentiert wurde.

Silbermayr: ich könnte das ironisch sagen — zu dem Zeitpunkt war die Volksstimme noch Zentralorgan der KPÖ...

TATblatt:...das ist eine ehrliche Antwort...

Silbermayr:...was es jetzt nicht mehr ist, seit Dienstag (8).

Ich würde sagen, daß in der wirklich außergewöhnlichen und komplizierten Situation, wahrscheinlich einiges hätte verhindert werden können, von Anfang an, aber es ist einfach nicht passiert; ich sehe unsere oder meine Verantwortung, aber ich sehe auch die Verantwortung der Besetzer und ich sage heute ganz bewußt, ich bin froh, daß sich die Schriftsteller eingeschaltet haben.

Diese Kundgebung vor dem Haus der KPÖ war auch eine Manifestation unseres Willens, daß wir uns nicht dieses Haus enteignen lassen.

Da ist ein Punkt, der vielleicht auch wichtig ist; in einer Zeit in den kommunistische Parteien enteignet werden, in der DDR, in der CSSR ist diese Frage natürlich sehr sensibel, d.h. es hat in der KP eine ziemliche

Sensibilität hervorgerufen.

TATblatt: Es ging doch darum, daß es im Kirchwegger Haus ungenutzten Raum gegeben hat.

Es ist für mich eine Frechheit, daß die KP jahrelang ein Haus hat, und daß da große Teile leerstehen, wo es viele Gruppen gibt, die keine Ressourcen haben, keinen Büorraum...

Silbermayr: Das ist auch die Strafe für diese Haltung — möchte aber dazu sagen, in einem linken Dialog (2), wo ihr dabei ward, ist diese Frage aufgerollt worden, die Frage der Häuser und Gebäude der KPÖ.

Ich habe dort gesagt, daß ich es als legitimen Anspruch sehe, daß jene Gebäude die die KP nicht benutzt auch anderen Linken zur Verfügung gestellt werden.

Eigentlich wäre das mit der Wielandschule auch ohne Besetzung möglich gewesen.

TATblatt: Das glaube ich ist ein entscheidender Punkt.

Über den Daumen gerechnet, kam von euch der Vorschlag über leerstehende Häuser zu reden, ca. 7 Wochen vor der Besetzung. Es hat sich in diesem Zeitraum nichts getan, das Versprechen wurde nicht konkretisiert.

Wir haben das Gefühl, daß das Versprechungen waren, die nicht in die Realität umgesetzt worden sind.

TATblatt: Schon Ende vorigen Jahres ist sehr massiv von verschiedenen Gruppen die sich mit AusländerInnenfragen beschäftigen, Kritik an der Badner Rundschau angebracht worden. Bei dem politischen Gespräch bist du auch darauf angesprochen worden, du hast gesagt dazu wird von der KPÖ in kürze eine Erklärung kommen. Ich kann mich nicht daran erinnern das sie jemals gekommen ist.

Silbermayr: Ich habe einen Brief wegen der Badner Rundschau bekommen und habe alle eingeladen die mir damals geschrieben haben. Es ist bisher keine Reaktion darauf gekommen (9). Aber ich habe in der Zwischenzeit mit den Redakteuren und Gemeinderäten gesprochen und habe mir Informationen geben lassen. Zum zweiten Punkt, ich glaube schon das ihr bemerken hättet können, das mit dem linken Dialog und auch mit anderen Fragen sich in der KPÖ etwas verändert hat. Wenn ihr das Gefühl hättet, das wir das Angebot konkretisieren, hättet ihr nachstoßen sollen und können. Wir sind natürlich auch innerparteilich in einer ziemlich komplizierten Situation, da muß mensch auch verstehen, das mensch nicht alles gleich realisieren kann was mensch sich vorgenommen hat. Wir hätten wahrscheinlich in der Wielandschule ein völlig neues Modell entwickeln können. Was jetzt mit der Besetzung und dem was dadurch verloren gegangen ist, an Vertrauen würde ich gar nicht sagen aber es ist ein bestimmtes Mißtrauen, das wir uns ersparen hätten können. Ich für meinen Teil kann sagen ich hätte mich für eine andere Nutzung der Wielandschule ganz sicher eingesetzt. Das eigentliche Problem was ich als Vorsitzender der Partei gespürt habe, war das diese Emotionalisierung, hervorgerufen durch die Besetzung und durch die ganze

politische Situation in der sich die KPÖ befindet das größte Problem war, auch in Bezug auf meine Handlungsfreiheit. Das hat das ganze von Anfang an unter einen ungu-ten Stern gesetzt hat.

TATblatt: Du wirfst den BesetzerInnen vor, nicht verhandelt zu haben. Es gibt aber die Erfahrung mit der KPÖ, das es zu konkreten Vorwürfen keine Stellungnahmen gibt. Neben dem Beispiel der AusländerInnenberichterstattung gibt es da einen neuen Fall. Beim diesjährigen Volksstimmefest gab es einen Werbestand von Nestlé, offenbar von der KPÖ zugelassen, wo gratis Kaffee ausgeschenkt wurde, zu Musik und Tanzshow. Das ganze beim Eingang zum Solidaritätsdorf. Einige Leute schrieben daraufhin einen Protestbrief an die Volksstimme, der jedoch bis heute nicht veröffentlicht wurde, auch gibt es keine Reaktion der KPÖ dazu.

Silbermayr: Ich war genauso erstaunt wie ihr und habe den Stand auch erst am Volksstimmefest gesehen. Ich habe mich erkundigt was der Grund dafür ist und die Organisatoren sagten mir das Nestlé das Fest mitfinanziert. Es ist natürlich ein echtes Problem, die Finanzierung des Volksstimmefestes ist für uns eine enorme Belastung. Die Verantwortlichen haben eigentlich den Auftrag, Kommerzielle mit hineinzunehmen. Das das Nestlé ist, das ist ein Unglück, das möchte ich gleich dazu sagen, das ist auch politisch nicht richtig. Unter Umständen werden es andere Firmen sein, die auch nicht in unser politisches Konzept passen. Die Leute am Volksstimmefest sehen was das kostet und werden wahrscheinlich auch Verständnis dafür haben, daß wir kommerzielle Firmen hereinnehmen. Aber wir identifizieren uns nicht damit.

TATblatt: Für mich ist das auch eine Frage des politischen Gespürs. Die Person, die Nestlé eingeladen hat, hat anscheinend nicht gewußt, das gegen diesen Konzern seit Jahren eine internationale Kampagne läuft. Das erstaunt mich. Im Kirchweggerhaus haben wir in den ersten Tagen der Besetzung Berge von Früchten aus Südafrika gefunden. Ursachen der Ausweitung der Besetzung waren auch KPÖ Mitglieder, vor allem ältere, die ins Haus gekommen sind und die Frauen angeflegelt haben. Mit Worten wie, "dann sans wenigstens net am Strich" und anderem. Der Ansatz für weitere Zusammenarbeit wäre für mich, wenn die KPÖ sagen kann, daß sie auch Fehler macht und auch bereit ist dies zuzugeben.

Silbermayr: Die KPÖ in dem Sinne gibt es nicht. Hier geht es um das gleiche wie mit Nestlé. Ich habe davon gehört, das ist eine Sauerei. Ich kann euch auch sagen wie es dazu gekommen ist. Die Sachen hat der Hausverwalter eingekauft, das kontrolliert bei uns niemand. Wir waren genauso überrascht. Nicht alle Mitglieder der KPÖ sind links, und dennoch ist die KPÖ im großen und ganzen eine Partei, die für linke Anliegen eintritt.

TATblatt: Was heißt das für dich konkret, wenn du sagst nicht alle Mitglieder der KPÖ sind links. Der Nestléstand ist für dich ein Unglück, das andere hat dich bestürzt. Da muß doch eine Reaktion darauf folgen. Mir

kommt vor, du nimmst das so hin.

Silbermayr: Nein, ich habe mit den Betroffenen, was jetzt AusländerInnenfeindlichkeit anbelangt, geredet. Ich habe meine Meinung gesagt, die ist im wesentlichen auch akzeptiert worden.

TATblatt: Was heißt das für die Leute die das geschrieben haben? Sind das KP Mitglieder, was folgt daraus?

Silbermayr: Erstens bin ich der Meinung das mensch aus Gesprächen versuchen soll, zu überzeugen. Das ist auch meine Hauptmethode. Es hat in keinem Fall sonstige Maßnahmen gegeben, weil ich davon nicht sehr viel halte. Wenn aber ein Mitglied der KPÖ sich ständig in dieser Richtung exponiert, muß die Frage gestellt werden ob diese Mitglied der KPÖ bleiben soll. Auf der anderen Seite muß mensch mit diesen Widersprüchen innerhalb einer Organisation umgehen. In einer Frage ist eine links, und in der anderen Frage rechts, das ist meine Erfahrung. Und nachdem die KPÖ eine Organisation ist, in der doch noch einige tausend Mitglieder sind, kann mensch nicht alle an einer Latte messen. Es ist jedoch sicher das Fragen der Alltagskultur, des Alltagsbewußtseins in der Vergangenheit viel zu nieder angesetzt wurden. Das heißt, es genügt nicht wenn einer große Reden schwingt und in seinem Leben Reaktionär ist. Die Einheit zwischen Leben und Politik ist für mich eine ganz entscheidende Frage, auch von links sein. Für mich ist einer der seine Frau prügelt nicht links, der bezeichnet sich als links aber er ist es nicht. Ich halte es für wichtig, diese Fragen in der Partei zu thematisieren und nicht als Privatsache zu betrachten. Das ist ein Diskussionsthema, von der Position gehe ich aus.

TATblatt: Du sagst, daß du gegen schnelle Maßnahmen gegen solche Personen bist. Gegen Personen, die einen eindeutigen linken Standpunkt in einer Konfliktsituation vertraten, gab es jedoch schnell Sanktionen. z.B. bei der Besetzung der Wielandschule wurden UnterstützerInnen aus dem KP-Bereich, vor allem aus den Jugendorganisationen, über Nacht gemaßregelt (10).

Silbermayr: Paß auf, nicht übertreiben. Erstens es ist keiner der KJÖ-Funktionäre, auch derer die das Haus mitbesetzt haben, in irgendeiner Form gemaßregelt worden. Es gab einen Punkt, es ist das Gerücht aufgetaucht, von Dieter Schrage auch bestätigt worden, das als nächstes der Höchstädtplatz besetzt werden soll (11). Es ist eine bestimmte Art von Paranoia entstanden, aus dem heraus ist das zu erklären. Es war eine bestimmte Angst da, dieser Angst ist auch Rechnung getragen worden. Das hat mensch den KJÖ-lern auch gesagt, dieser Konflikt ist auch ausgetragen worden. Das hat sich inzwischen gelegt. Das war überzogen, es war halt eine paranoide Situation. Auch bei den BesetzerInnen, die waren genauso in einer bestimmten Paranoia, die haben jeden Tag die Schlägergarden der KPÖ aus den Betrieben erwartet.

TATblatt: Die allerdings auch wirklich angekündigt worden sind. Das erschreckende für mich ist, da ich nicht die Stahlarbeiter aus der Steiermark erwartet habe, daß Leute mit denen ich jahrelang mehr oder min-

der zusammengearbeitet habe mir Sachen wie "die 800 Stahlarbeiter werden das auf ihre Art und Weise lösen" ins Gesicht sagen. Wenn ich mir LeserInnenbriefe in der Volksstimme zum Kirchweggerhaus durchlese, komme ich zum Schluß daß diese Menschen falsch informiert sind. Worin liegen die Ursachen dieses, sagen wir mal, Informationsdefizits?

Silbermayr: Unter Umständen auch deswegen weil es über die Besetzung des Ernst-Kirchwegger Hauses in der KP unterschiedliche Meinungen gibt. Die Abstimmung im Arbeitsausschuß über die Wiederaufnahme der Verhandlungen am 4. Juli ist mit einer sehr knappen Mehrheit erfolgt. In der KPÖ wirken Widersprüche, unterschiedliche Strömungen und Auffassungen und dennoch wird es für die Linke so sein das die KPÖ in ihrer Gesamtheit im großen und ganzen als Bündnispartner auf der linken Seite zählen. Offen gesagt, mir ist anhand der Ereignisse in der Wielandschule auch bewußt geworden wieviel Konservatismus und Kleinbürgerlichkeit in den Köpfen herumschwimmt. Wenn das beabsichtigt gewesen sein sollte mit der Hausbesetzung, das Ziel ist wirklich erreicht worden. Wir haben sehr viel Diskussionen gehabt, wo ich überrascht war über das Ausmaß an Eigentumsdenken in den Köpfen besteht. Aber das ist nicht durchgehend. Das sind die Probleme auch der KPÖ, denen ich mich stelle, wo ich meine Position beziehe, die unter Umständen manchen Punkten Rechnung trägt, Stimmungen und auch Mehrheiten in der KPÖ. Auf der anderen Seite nehme ich als Vorsitzender ganz klar Partei, d.h. ich bin kein Vorsitzender für alle in der KPÖ, sondern ich habe meine Position in der Partei, das ist die Position links. Vielleicht ist das absurd, für mich ist die KPÖ nicht eine durch und durch linke Partei. Es gibt in der KPÖ und ihrer Politik rechte Politik in einzelnen Fragen, in anderen wieder linke Politik. Das Ziel der Erneuerung der KPÖ besteht auch darin, ihren Platz auf der linken Seite zu bestimmen.

TATblatt: Weil hier dauernd das Wort links fällt. Kannst du mal kurz sagen was du darunter verstehst?

Silbermayr: Links ist für mich ein emanzipatorischer Anspruch. Nämlich Emanzipation von den Verhältnissen, die den Menschen, so wie Marx gesagt hat, erniedrigen, ausbeuten, unterdrücken. Der Anspruch sich von diesen Verhältnissen zu befreien, im weitesten Sinne. Im Linksbegriff ist auch drinnen der Begriff, jener die im wesentlichen nicht (mehr) den Anspruch erheben sich zu befreien. Sondern die auch in die Wurzeln gehen und sagen es ist auch notwendig diese Gesellschaft radikal umzugestalten. Insofern sehe ich den Platz einer erneuerten KPÖ schon im radikalen Spektrum der Linken. Nämlich in jenem Spektrum das nicht nur für Reformen und Verbesserungen eintritt, sondern in jenem Spektrum für eine radikale Gesellschaftsveränderung.

TATblatt: Am Wochenende sind in der Volksstimme Artikel von Volksstimme-RedakteurInnen zum Beschluß des ZK's die Zeitung in eine Wochenzeitschrift umzu-

stellen erschienen. Einer davon meint, daß bei der Volksstimme als wesentlichstes Organ der KPÖ eingespart wird, ein radikaler Schnitt gemacht wird. Währenddessen die KPÖ einen aufgeblähten Apparat erhält, gerade hier am Höchstädtplatz. Warum wird beim einzigen Punkt wo die KPÖ regelmäßig an die Öffentlichkeit tritt als erstes gespart?

Silbermayr: Gleichzeitig mit dem Rückzug auf die Wochenzeitung wurde auch der Vorschlag gemacht, den Parteiapparat der KPÖ zu verkleinern. Ich halte das auch für notwendig. Das sind natürlich auch soziale Interessen. Die KPÖ ist eine verhinderte Staatspartei, von ihrem Aufbau her. Von daher trete ich für eine radikale Strukturreform ein. Das muß eine ganz andere Organisationsform sein, dezentraler, eigenverantwortlicher, selbstverwalteter. Die bisherige Form der Organisation ist schon längst überlebt.

TATblatt: Wir hätten noch einen Vorschlag. Wir würden dir gerne eine Kopie des Interviews schicken damit es oder Teile davon in der Volksstimme abgedruckt wird.

Silbermayr: Naja. Ich mein ich weiß nicht ob es. An sich habe ich im Prinzip nichts dagegen. Aber was hat das für einen Sinn?

TATblatt: Weil für uns zum ersten Mal merkbar zu Fragen Stellung genommen wird, die uns in der Volksstimme auch gefehlt haben.

Silbermayr: Jo, schickt es mir zu, ich schau einmal, gö!

TATblatt: Na, OK

Silbermayr: Gut

TATblatt: Super

HAHAHAHAHA

(1) " auf dem letzten gesamtösterreichischen Plenum der Sozialbewegung mußten diese Fragen (der Einfluß "neonazistischer Gruppierungen, die Einzelinteressen über das Gesamtinteresse schieben und die Bewegung in Einzelheiten vertzeln") ausdiskutiert werden. Gemeinsam mit Bündnispartnern aus dem katholischen, dem sozialistischen und dem Junggewerkschaftsbereich wurde ein Aufruf ausgearbeitet und beschlossen, der die Hauptfragen richtig gewichtet.

Einmal mehr erwies es sich als unabhängig, um Bündnisse mit gesellschaftlich relevanten politischen Strömungen aufrechtzuerhalten, Ultralinke oder sich ihnen anpassende Strömungen zurückzudrängen.

(Walter Baier, aus dem Bericht des politischen Büros auf der 10. Tagung des Zentralkomitees — EG-Beitrittsantrag verhindern, Sozialaktion am 15. Oktober vorbereiten, die Partei in neuer Situation stärken; Volksstimme 22. September 1988)

(2) Mitte Mai 90 gab es ein Treffen der KP, zu dem sie linke Organisationen und Einzelpersonen einlud. Es ging dabei um die Frage, ob es eine gemeinsame Wahlplattform linker, unabhängiger Gruppen und Einzelpersonen mit der KPÖ geben soll. Diese Frage wurde dabei mehr oder weniger einstimmig verneint.

(3) Am 15. Oktober 88 wurde von der Sozialabbaubewegung ein "kämpferisches Fest" am Ballhausplatz veranstaltet. In der Vorbereitung zu dieser Aktion verabschiedeten sich viele autonome und unabhängige Basisgruppen und organisierten ihrerseits eine "autonome Sozialabbau demo" an der zeitweise an die 1000 Personen teilnahmen (sie dauerte 4 Stunden!!!).

(4) mit Hilfe dieser Luftballons mit Alustreifen, sollte das Radar des Flughafens verwirrt werden, und Drakenflüge verhindert werden.

(5) siehe Tb-75

(6) es handelt sich hier um die "Kesseldemo", am 5.10.90, siehe Tb-63

(7) Einige SchriftstellerInnen stellten klar, daß, falls die TeilnehmerInnen der KP-Demo das Haus gewaltsam "zurückbesetzen" wollen, sie sich in den Weg stellen werden, und als erste "weggeräumt" werden müßten

(8) Am 23.10.90 wurde der Volksstimme Redaktion mitgeteilt, daß die Volksstimme nur mehr bis Februar 91 als Tageszeitung erscheinen wird. Danach wird sie als Wochenzeitung fortbestehen (???)

(9) Auch wir haben diese Erklärung unterstützt, von einer Einladung zu diesem Thema ist aber nichts bekannt geworden.

(10) Einem Funktionär der KJÖ, der sich solidarisch zu den BesetzerInnen verhielt, wurde die weitere Nutzung der Infrastruktur am Höchstädtplatz untersagt.

(11) Bei dieser Äußerung waren Menschen vom TATblatt dabei, und können bestätigen, daß es sich dabei nur um einen Scherz von Dieter Schrage handelte.

Wirklich "dalli-dalli" hat Manfred Srb, Sozialsprecher der "grünen" im Parlament auf den offenen Brief der IGARA reagiert, den wir in TATblatt minus 62 abgedruckt haben. In diesem Brief protestierte die IGARA (Initiative gegen AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus) gegen die "grüne" Zustimmung zum "Gesetz über die Bundesbetreuung von Asylwerbern" im Parlament. Schon am 25. Oktober, also bereits zwei Tage nach Erscheinen des TATblatts fanden wir folgenden Brief in unserem Postkasten:

Die Grünen und das Gesetz über die Bundesbetreuung

An
IGARA
Stiftgasse 8
1070 Wien

Liebe Freunde!

Mit einiger Verwunderung habe ich Euren Beitrag in der AKIN Nr.28/90 (und im TATblatt) gelesen.

Ich gehe mit Eurer kritischen Analyse des Gesetzes über die Bundesbetreuung konform, allerdings nicht mit den letzten Absätzen.

Wie aus der beiliegenden Ausgabe der "Parlamentsskorrespondenz" hervorgeht, habe ich den Grünen Klub im Ausschuß vertreten und dort gegen dieses Gesetz gestimmt. Weiters habe ich mich bei meiner

Rede im Plenum kritisch mit diesem Gesetz auseinandergesetzt (siehe Kopie des stenographischen Protokolls) und bei der Abstimmung gleichfalls dagegen gestimmt.

Aus der "Parlamentsskorrespondenz" geht hervor, daß die "grünen" dem Antrag betreffend einem Bundesgesetz über die Bundesbetreuung von Asylwerbern zugestimmt haben.

Ich kann mir das nur mehr so erklären, daß die anderen noch anwesenden grün-Abgeordneten in der Hektik des allerletzten Plenartages vor der Sommerpause versehentlich für diesen Antrag gestimmt haben. Lt. Auskunft des für die "Parlamentsskorrespondenz" zuständigen Beamten wird "vom Parlament her nicht gesondert festgestellt", ob vielleicht der eine oder andere Abgeordnete anders abstimmt als die Mehrheit seiner Fraktion, was ja in der Pra-

xis (Klubzwang bei anderen Parteien) selten vorkommt.

Wir werden alles tun, um den Informationsfluß unter uns Abgeordneten so zu verbessern, daß es auch ohne Klubzwang und in hektischen Plenarsitzungen zu "richtigen" Abstimmungen kommt.

Wie Ihr aus der beiliegende Kopie der "Parlamentsskorrespondenz" entnehmen könnt, hat unsere Fraktion den ausländerfeindlichen Gesetzen nicht zugestimmt, genauso wie sie es auch beim letzten Ausländergesetzpaket im März nicht getan hat und auch in Zukunft nicht tun wird.

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Srb ●

Manfred Srb's Brief-Beilagen:

Aus: **Parlamentsskorrespondenz vom 3.7.1990/Nr.101**

"(...) Debatte zum SP-Antrag 407/A des Abgeordneten Elmecker betreffend ein BUNDESGESETZ ÜBER DIE BUNDESBETREUUNG FÜR ASYLWERBER im Ausschuß für innere Angelegenheiten.

(...)

Bei der Abstimmung wurde der Initiativantrag in der Fassung eines SP-VP-Abänderungsantrages mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen. Ein Abänderungsantrag der Grünen betreffend Asylbeirat verfiel der Ablehnung."

Aus: Stenographisches Protokoll der 152. Sitzung des Nationalrats (XVII. Gesetzgebungsperiode) vom 5. Juli 1990, Seite 17 604

"(...)

16 Uhr 37 Abgeordneter Srb (Grüne):

(...) Nun einige Worte zum Gesetz der Bundesbetreuung für AsylwerberInnen. AsylwerberInnen, meine Damen und Herren, sind Personen, denen unsere Republik verbindlichen Schutz vor politischer, religiöser, sozialer und ethnischer Verfolgung versprochen hat. Ich muß gleich hinzufügen, daß es über diesen Begriff der Genfer Flüchtlingskonvention hinaus Menschengruppen gibt, die unseren Schutz aus humanitären Gründen ebenfalls benötigen. Es sind dies Flüchtlinge vor wirtschaftlicher Not, Flüchtlinge vor Hunger und Umweltkatastrophen. (...) Diesen Personen Schutz zu geben bedeutet aber auch, etwas für ihre Integration in die österreichische Gesellschaft zu tun (Beifall bei den Grünen). In diesem Zusammenhang ist in den letzten Monaten im Hinblick auf den Wahlkampf von der FPÖ über die ÖVP bis hin zur SPÖ unendlicher Schaden

angerichtet worden (erneuter Beifall bei den Grünen).

Nicht wie die Integration dieser Menschen erreicht werden kann, wurde in der Öffentlichkeit diskutiert — das hat überhaupt keine Rolle gespielt — sondern es wurde diskutiert, wie möglichst wenige ins eigene Bundesland kommen.

(...) Das Ziel lautet also — ich möchte es noch einmal wiederholen — das Ziel lautet Integration der AsylwerberInnen, nicht bloß Verteilung!

(...) Wir finden, das Gesetz, meine Damen und Herren, in dieser Beziehung völlig unzureichend, und das ist auch der Grund, weswegen wir ihm nicht zustimmen werden."

Aus: **Parlamentsskorrespondenz vom 5.7.1990/Nr.103/15.Bogen**

"(...) Die Grünen lehnen ein solches Gesetzespaket ab."

Aus: **Parlamentsskorrespondenz vom 15.7.1990/Nr.103/19.Bogen**

"(...) Abstimmungsergebnis: Die Änderung des Fremdenpolizeigesetzes wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

(...) Die Änderung der Strafprozeßordnung und des Richterdienstgesetzes wird mit der Stimmenmehrheit von SPÖ, ÖVP und FPÖ verabschiedet.

(...) Das Bundesgesetz über die Bundesbetreuung für Asylwerber findet die Billigung von SPÖ, ÖVP und den Grünen.

(...) Der Änderung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes stimmen die Koalitionsparteien zu. Die Abänderungs-, Zusatz- und Streichungsanträge der Grünen finden keine Mehrheit. ●

EroTiKreativ:

Eine bürgerliche Ausstellung

(ein Typ vom TATblatt)

EroTiKreativ heißt eine Ausstellung, die bis 31. Oktober im WUK lief und "Sexualität abseits der Klischees" behandeln sollte. Als Grundlage zur Einschätzung soll hier zunächst der Katalog zur Ausstellung dienen.

Einen emanzipatorischen Gehalt der Ausstellung, der über reine Aufklärung, bloße Öffentlichmachung hinausgeht, gibt es nicht. Kreativität heißt hier Darstellung von Fantasien, aber auch Umwertung bestehender Herrschaftsverhältnisse, ohne (Interesse an?) deren Entlarfung.

Aus-Stellung wird als Konsumierbarmachung verstanden, politische Abgrenzung wird im wesentlichen Rebellion gegen die sexuellen Beschränkungen der Herrschenden. Eine Sadomasochismuskonversation, die zum Beispiel dem subjektiv positiven Erlebnis Masochismus die Unterdrückung und Gewalt in ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen ("bürgerliche Kleinfamilie") gegenüberstellt, findet nicht statt. Erschreckend deutlich wird das in einem "Leserbrief an Ernest Borneman" am Ende des Kataloges: Eine Frau wird von ihrem Ehemann erpreßt, sich in ein Korsett sperren zu lassen, empfindet das als sexuell positiv, hat aber letzten Endes Angst, die Kontrolle über die Entwicklung zu verlieren. Warum wird ohne Kommentar, ohne Gegenüberstellung ein Text verwendet, der so genau auf das "Argument" männlicher Schläger und Vergewaltiger paßt: "Die wollen das doch eh"?

Clemens Feigel — von dessen Bilder fünf im Katalog wiedergegeben werden — stellt zwar den Anspruch, "die Gefühlsebene wiederzugeben" (und beklagt, daß diese "auf Grund der zunehmenden Fernsehmentalität" kaum mehr wahrgenommen werde). Fehlende Bruchlinien zu den Darstellungsweisen der Pornoindustrie machen diese Bilder aber ebenso leicht konsumierbar wie deren Produkte, zwingen Betrachterinnen und Betrachter ebensowenig, Stellung zu beziehen im Konflikt zwischen liebesfähigen Menschen und deren Darstellung als Befriedigungsmaschine.

Das Titelbild der Ausstellung ist ein von Feigel bearbeitetes Pornobild, das "um für den Pornokonsumenten nebensächliche Details erweitert (Arme, Beine sowie einen interessierten und liebevollen Gesichtsausdruck)" wurde, während "für den Pornofreund wichtige Signale minimiert wurden (saftige Mäse und dümmlicher Gesichtsausdruck)." Faktisch bedeutet das, daß die Pornoindustrie keine anderen Bildinhalte verwendet wie Clemens Feigel. Nicht der Bildinhalt ist für Feigel das ausschlaggebende Moment, sondern nur die Darstellungsweise. Ein Kleidungsstück, ein Körperteil mehr — ähnlich wie der Sprung von Hard- zu Softporno bestenfalls ein Wechsel in einen anderen Marktsektor.

Sinnlos und verletzend finde ich den Artikel von Julius Mende, in dem er der Frauenbewegung auf der Grundlage seines Frauenbildes erklärt, warum sie ihr Heil in der Zusammenarbeit mit den Männern suchen soll. Sehr gut ist die Analyse zu "Sexualität und Sprache" von Gudrun Hauer, zu der auch die einzige planmäßige — sprich programmgemäße — Diskussion stattfinden soll. Ansonsten auch im Programm: Konsumierbares — Vorträge, Filme und Feste. Zwei Feste und ein breites Spektrum an Filmen. ●

Freilich wäre eine wesentlich intensivere Auseinandersetzung mit den Beiträgen zur Ausstellung und dem Katalog möglich; während einige Beiträge (bei mir und anderen) als sehr positiv empfunden wurden, stand dem die Empfindung des ganzen Projektes als Konsumprojekt entgegen. Das Herausgreifen einzelner Beiträge im Katalog war für mich die geeignete Form, um mit dem gegebenen Ausmaß an Zeit und Arbeit halbwegs klar zu machen, was mich an der bestehenden Umgangsweise mit der Thematik stört. ●

NÄHE BRECHEN

zur Ausstellung „EroTiKreativ“ im Wuk

(eine Frau vom Tatblatt)

Mir soll es um Macht, HERRschaft und Gewalt gehen, in ihrer speziellen Form der Sexualität. Sexualität als eine Ausprägung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Keineswegs ist Sexualität mit "Freiheit" gleichzusetzen, der Begriff der "sexuellen Befreiung" ist ein "patriarchales Ideologiekonstrukt, das die tatsächlichen HERRschaftsverhältnisse zwischen den Geschlechtern negiert und verleugnet. Wohl nicht zufällig dient dieser Begriff derzeit dazu, sich männliches, heterosexuell-männliches Selbstverständnis und damit männliche, heterosexuell-männliche Macht zurückzugewinnen gegen das in den vergangenen Jahren von Frauen, von Lesben, von Schwulen eroberte Terrain." (Gudrun Hauer)

Macht, Herrschaft und Gewalt, in ihrer speziellen Form der Sexualität. Josef Fenz von der Libertine meint, daß gelernt werden sollte, sich mit dieser Macht und ihren unterschiedlichen Rollen/ Möglichkeiten auseinanderzusetzen, mit sado und/oder maso Elementen von HERRschaft bewußt umzugehen. "Beim SM gehts um Macht, um die Lust an der Willkür, um das Stadium der Verfügungsgewalt. Vor allem gehts ums Bewußtsein darüber und um das Hin und Her zwischen diesen Ebenen. So was erschließt sich, würde ich sagen, in "Lustarbeit". SM ist eine Chance zur Aufklärung darüber, welche Verhältnisse herrschen... Das Mißtrauen der Frauenbewegung uns gegenüber ist sehr begründet und auch sehr hilfreich zum "Lustarbeit"-Treiben. Denn sowohl an der S- wie an der M-Front sind Protzer, Patzer und die entsprechenden Innen sehr zahlreich zu finden. Viele machen S und M anderen zuliebe. Nein, aus - ich muß speiben."

Doch inhaltlich und interessemäßig sehr Unterschiedliches bietet der Katalog der Ausstellung derjenigen an, die sich nicht schon von den 40 % phallusstrotzenden Fotos in die Flucht hat schlagen lassen. Schon die Randbemerkungen der Sätzerin deuten

an, daß an Julius Mendes "Hasenherz mit Hasenschwanz" männlich-phalliches zu orten ist. Der gute Onkel Feminist hetzt gegen Frauen und besonders gegen Emanzen: "Eine andere Sache ist die Brutalität der Frauen. In Analogie zur 'Sklaverei' findet man zahlreiche Weiber, die zu Macht und Einfluß gelangt sind und ihre Männer schikanieren und dominieren... Ich habe immer wieder festgestellt, daß Frauen, die die Nase einmal in den Wind gesteckt haben, mit kühnen Schwüngen zu mähen anfangen, wo ihnen das Kraut nicht gefällt. Bei Trennung ist es nicht immer nur das Motiv der Rache, das Frauen zum Kahlschlag ansetzen läßt, es ist die Lust an der Macht über den anderen." Oder: "Ist der Weg zur Emanzipation beschränkt... geraten Merkmale der Rücksichtslosigkeit, des Eigennutzes und des Mißbrauch des Mannes als Lustobjekt (haha! Anm.) plötzlich zu weiblichen Tugenden." Dieser leider ungebrochene Vertreter des Patriarchats muß Frauen als autoritär konstruieren und ihnen seine eigenen Psychos anhängen, um sie dann als autoritär zu diffamieren: "Ich war nie ein harter Mann. Hatte eine starke Mutter und einen weichen Vater, der mich nie geschlagen hat - sie war es. gerecht und brutal... meine erste Frau war gescheiter und älter und tüchtiger als ich... wenns praktisch wurde habe ich "zufällig" gefehlt. Wenn sie einen Freund hatte, habe ich mich zusammengenommen." Diese bösen Frauen und dieser arme kleine Mann, doch Göttin sei Dank, daß dieser Julius Mende nicht mehr im Ernst Kirchweger Haus bei all diesen interessanten autonomen Frauen (und dann kann er doch wieder was drüber schreiben!) herum schwartelt, denn die realen HERRschaftsansprüche dieses "Pseudosofties" zeigen sich sehr deutlich im Katalog von "EroTiKreativ": "Ich sage: die Frauen sind deformierter als die Männer (denn Sklaverei deformiert seiner Meinung nach mehr den Charakter als HERRschaft, Anm.)... Die Frau ist also in ihrer Persönlichkeit mehr verkümmert als der Mann." ●

Neu:
TATblatt
VolxVERzählungs
Ecke



Im Mai 1991 wird in ganz Österreich wieder einmal das Volk gezählt. So weit so harmlos klingend. Aber was da einfach so Volks„zählung“ genannt wird, ist eine umfassende Sammlung persönlicher Daten, die es einmal mehr erlaubt, die Überwachung und Kontrolle der BewohnerInnen Österreichs zu verfeinern. Für Nicht- oder Falschbeantwortung stehen Verwaltungsstrafen bis zu 30.000 Öschis oder 6 Monate Haft in Aussicht.

Über die Pro und Kontras der Volkszählung haben wir im TATblatt schon einmal überblicksartig berichtet. Wobei von den Pros freilich nicht allzuviel zu sehen war. Ein hundertseitiger Materialienreader ist beinahe ausverkauft und wird im Dezember in erweiterter Form neu aufgelegt.

Der kommende Mai rückt aber trotzdem immer näher, und langsam wird es Zeit, aktiv zu werden, und sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie man und frau was gegen die Volkszählung machen kann. Zu diesem Zwecke gibt es von nun an, bis zum kläglichen Scheitern der Volkszählung im nächsten Jahr, in jedem TATblatt die „VolksVERzählungsecke“.

Die Volksverzählungsecke soll mittels Auszügen aus dem Materialienreader einen genaueren Überblick über die Problematik der Volkszählung bieten, und vielleicht auch zum Erwerb der gesamten ausführlichen Materialienzusammenstellung anregen.

Wesentlicher Teil der Volksverzählungsecke soll es aber auch sein, verschiedene Möglichkeiten des Widerstands gegen die Volkszählung vorzustellen und zu diskutieren. Hierbei haben wir an eine intensive Beteiligung der LeserInnen gedacht, die vielleicht eigene Ideen haben und diese uns schicken könnten. Oder die Krüik an veröffentlichten Ideen haben und dies ebenfalls öffentlich machen wollen.

Zusendungen aller Art bitte an das TATblatt, Gumpendorferstraße 157/11; 1060 Wien

Volkszählung 1991 in Österreich

Auszüge aus dem Artikel „Volkszählung 1991 in Österreich“
aus dem Volkszählungsreader

Teil 1

GESCHICHTLICHE ENTWICKLUNG DER VOLKSZÄHLUNG UND IHRE POLITISCHE BEDEUTUNG

Volkszählungen sind seit vielen Jahrhunderten bekannt. Meist waren es einfache Registrierungen, Zählungen im herkömmlichen Sinn und eben keine umfangreichen Befragungen, wie sie heute stattfinden. Vornehmlich wurden Zählungen erst in Krisenzeiten oder bei zunehmender Komplexität des Verwaltungsapparates durchgeführt. In Österreich fand die erste Volkszählung 1869/70 statt. 1910 erfolgte die 1. Volkszählung in Österreich auf Lockkarten (Hollerith). Negative Höhepunkte waren sicher die Nazi-Zählungen 1934 und 1939.

In der 2. Republik ist laut dem Bundesgesetz über Volkszählungen alle 10 Jahre eine solche durchzuführen. Zuständig für die Durchführung und Abwicklung sind das Bundeskanzleramt und das Bundesministerium für Inneres. Die administrative Seite wird vom Statistischen Zentralamt mit ihren Zählorganen abgedeckt. Nach Aussage von Dozent Münz vom Institut für Demographie liegt der Grund für die Volkszählungen in Österreich darin, daß hier noch kein zentrales Melderegister existiert. In Norwegen, Schweden und Finnland zB gibt es keine Volkszählungen, da Personennummern vorhanden sind, die die Menschen von der Geburt bis zum Tode begleiten.

Die politische Bedeutung der Volkszählung liegt in zwei Bereichen:

1.) Aufgrund der Bevölkerungszahl der InländerInnen ergibt sich die Anzahl der

Mandate, die pro Bundesland für den Bundesrat bzw den Nationalrat zur Verfügung stehen. Darüberhinaus ergibt sich auch die Größe der einzelnen Landtage aus der InländerInnenzählung.

2.) Aus der Zählung der Gesamtbevölkerung lassen sich die BürgermeisterInnenentscheidungen und der Finanzausgleich eruieren, d.h. kleinere Gemeinden erhalten weniger staatliche finanzielle Mittel als größere Gemeinden.

ERFAHRUNGEN AUS DER VOLKS- ZÄHLUNG 1987 IN DER BRD

Die Volkszählungen in der heutigen Zeit, so auch jene in der BRD 1987 oder Österreich 1981 und 1991, sind mit früheren Volkszählungen nicht zu vergleichen. Für die Verarbeitung der großen Mengen an Information aus der Volkszählung stand

Der Artikel „Volkszählung 1991 in Österreich“ von Othmar Brigar erschien erstmals in der Zeitung „Informatik-Forum“ 3/1989.

Da der Artikel in der Originalversion sehr sehr lang ist, haben wir ihn fürs TATblatt ziemlich frei gekürzt und in eine mehrteilige Serie umgewandelt (wir hoffen, daß das so in Ordnung geht). Die unveränderte Originalversion ist im Volkszählungs-Reader nachzulesen.

nicht das technische Instrument zur Verfügung, wie es die heutige Computertechnik mit ihren unüberschaubaren Möglichkeiten und Konsequenzen liefert. Die Informationsverarbeitung war nur um den Preis sehr arbeits- und zeitaufwendiger Anstrengungen möglich und daher nur in sehr begrenztem Umfang zu verwirklichen.

Bereits 1980 äußerte sich der ehemalige Präsident des Deutschen Bundeskriminalamts, Herold, zu den Möglichkeiten dieser neuen Technik. Er verdeutlichte, was alles mit ihr gemacht werden kann: „Die Grenzenlosigkeit der Informationsverarbeitung würde es gestatten, das Individuum auf seinem ganzen Lebensweg zu begleiten, von ihm laufend Momentaufnahmen, Ganzbilder und Profile seiner Persönlichkeit zu liefern, es in allen Lebensbereichen, Lebensformen, Lebensäußerungen zu registrieren, zu beobachten, zu überwachen und die so gewonnenen Daten ohne Gnade des Vergessens ständig präsent zu haben.“ (Recht und Politik, 1980)

Fortsetzung folgt ●

Reader statt Volkszählung

Die erste Auflage des „Volkszählungsreader“ erschien im Frühjahr 1990 und ist mittlerweile so gut wie vergriffen. Einige paar wenige Restexemplare sind noch bei uns im TATblatt erhältlich (ÖS 70, — in ein Kuvert stecken, auf einen Zettel dazu schreiben, daß ihr den VZ-Reader wollt, und ans TATblatt — 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11 — schicken). An einer Neuauflage wird aber bereits gearbeitet. Diese wird um etliche Seiten dicker werden (die erste Auflage hatte 95 Seiten), und wird ab voraussichtlich Mitte Dezember zum Preis von S 90, — plus Portospesen erhältlich sein. Vorbestellungen werden von der „Initiative Informatikbetroffener“ (1015 Wien, Postfach 168) bereits entgegen genommen.

Der Inhalt der Reader:

- allgemeiner Überblick
- historischer Überblick
- internationaler Überblick
- gesetzliche Grundlagen

KEIN HAUS AM FRIEDRICH-ENGELS-PLATZ

4. Vom kaufmännischen Talent

„Ich könnte auch mit dem deutschen Sprichwort antworten:
„Den Sack schlägt man, den Esel meint man.“
(Lenin; 1902)

„1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 — Scheiße! ‚Geh in den Arrest‘, des hat ma no g'fehlt. Du kommst! Da hast die Würfel.“

„Neun! 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9.“

„Ah! Wien! Des g'hört ma eh schon! I will a Haus!“

„Schau-Schau! Konrad zeigt sein wahres Gesicht. Häuser will er, auf daß er damit Geld verdiene.“

„Die EXPO steht vor der Tür, wär ma ja blöd, wenn ma da jetzt ned zugreift. Häuser machen glücklich, wenn man rechtzeitig drauf schaut, daß mas hat, wenn mas braucht! Wenn ma jetzt ein Haus kauft, steigt der Wert ins Bodenlose, und man ist ein gemachter Mann. Haus folgt auf Haus, dann das erste Hotel, dann das zweite, das dritte, und immer so weiter... Du wirst das Spielbrett nicht mehr wiedererkennen! I komm übrigens glei nochamoi dran! Du sitzt ja im Arrest. Trotzdem: Nix aussagen! Gell?“

„Zahl lieber mal dein Haus bevor du da groß daherredst. Schaut ma nämlich gar ned so rosig aus für dich, wenn i ma des da jetzt so anschau! Oder?“

„Des dürfte für mich wohl kein Problem sein. Kümmer er sich um seine eigenen Angelegenheiten!“

„Ned so lang i de Bank führ! Knecht her sonst gibt's a Zwangsvollstreckung. Ohne Grundkapital spült se nix ab mit Expansion, Spekulation, und Akkumulation. De EXPO bringt für de Reichen Gewinne. De was nix haben, bleiben auf der Strecke. Ja?“

„Laß die blöden Sprüche! Gib ma lieber mein Geld wieder. I hab da fast zwanzgtausend Schilling liegen g'habt. De kann i ned innerhalb einer halben Runde verspielt haben. Ah ned wie i auf dei blödes ‚Südbahnhof‘ kommen bin, mit dem bescheuerten Zentralbahnhof darauf, für den du extra abkassiert hast, obwohl i des so noch in keiner DKT-Spielanleitung auf der ganzen Welt gelesen hab.“

„Großprojekte wie mein Zentralbahnhof oder deine EXPO, ohne das jetzt so grundsätzlich voneinander trennen zu wollen, verschlingen oft mehr, als ma sich in den kühnsten Träumen zu erwarten getraut. Da bleiben natürlich die einen oder anderen auf der Strecke...“

„Aber des is ka Basis für ein Gesellschaftsspiel, wenn du die Spielpartner beraubst. Wennst es aus der Bank nimmst, okay, aber bei mir, i man, des is ja kan Spiel mehr...“

„Bist jetzt ang'fressen, gell?“

Die durch die Luft fliegenden Scheine des Spielgeldes segeln so nach und nach auf den Boden. Konrad versucht in der Zwischenzeit seine Zimmertür, hinter der er zu verschwinden sucht, unter Ausdruck seiner entschiedenen Wut hinter sich zuzuschlagen, was aber nun schon zum dritten Mal wegen einer im Türrahmen liegenden Unterhose mißlingt.

Mathias freundet sich langsam aber sicher mit dem Gedanken

an, als Sieger den Trümmern des Spieles entsteigen zu dürfen. Schmerzlich lernt er aber dabei auch das betrübliche Gefühl kennen, was es heißt, des Erfolges wegen, von Neidern und Mißgünstlern, die es nicht so weit gebracht haben wie er, geächtet zu werden.

Dabei hatte er doch keine andere Wahl gehabt, als sich Konrads akkumuliertes Kapital sukzessive anzueignen. Wie sonst hätte er alle seine großartigen Projekte, die es nie zuvor in der Geschichte des DKT — und auch noch nie zuvor in der Geschichte des Monopoly — gegeben hatte, realisieren können? Vielleicht liegt aber gerade da der Unterschied zwischen Spiel und Realität. In der Realität werden niemals die Spielpartner beraubt, wohl wissend, daß ihnen dies derart mißfallen könnte, daß sie sich zu rächen trachten möchten könnten. Beraubt werden nur die, die sich nicht wehren können, weil sie ohnehin nie zum Zug kommen.

Mathias verliert sich in philosophischen Gedanken, die ihn nach und nach in eine Analyse der gesellschaftlichen Realitäten im Wien des ausgehenden zweiten Jahrtausends überleiten. Dann schläft er ein.

Seine Träume handeln von der Revolution. Wie das bei Menschen wie Mathias nunmal so üblich ist. Da er aber zwischen der Spieleschachtel, den Knabbergebäck-Packungen und den Trinkgläsern nicht allzugut schläft, mischen sich schon bald mystische Kampftruppen der Polizei in den Traum, die ihn dreimal hintereinander verhaften, verhören und fertigmachen.

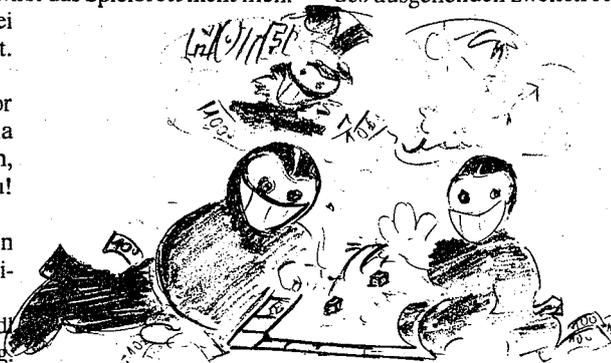
Wie Mathias am nächsten Morgen erwacht, tut ihm alles weh. Konrad, der schon in der Küche steht und Kaffee kocht, freut dies ungemein, und so beschließt er, Mathias, entgegen seinen Plänen, heute früh nun doch nicht aus Rachegeilüsten heraus irgendetwas zu Fleiß zu machen.

Beim Frühstück, zu welchem sich auch Hedda dazugesellt hat, erzählt Mathias seinen Traum, während Hedda das neue TATblatt und Konrad die neue Akin liest. Den Ausführungen Mathias' lauscht vorderhand keineR.

„Bei dem Fortsetzungsroman sieht ma auch, wie earna nix mehr einfällt!“, jammert Hedda, ehe sie die Zeitung weglegt und sich Mathias zuwendet. „Wie hast denn g'schlafen, Hias! Du schaut so zerknittert aus!“, fragt sie ihn teilnahmslos. „Gut, danke!“, antwortet Mathias, der für heute wieder einmal alle Hoffnungen aufgibt, in irgendeiner Art und Weise verstanden zu werden.

„Heute wird's drei Monate“, beginnt Konrad unvermittelt mit dem Unterton des Wichtigen einen Satz, den er aber vorerst mal nicht fortsetzt. Einerseits deswegen, weil er rasch mal einen Schluck Kaffee trinken möchte, andererseits aber — und das ist wohl der Hauptgrund — weil auf diese Tour der Anschein der Bedeutung und Wichtigkeit einer Aussage doch gehörig angehoben werden kann.

Mathias pflichtet dem im Raum herumstehenden Satz mit einem bedeutungsvollen „Ja!“ zu, damit, wenn schon ihm keineR zuhört, heute morgen, auch nicht andere Leute das Gefühl bekommen können, daß ihnen zugehört werden würde. Konrad läßt sich davon aber nicht irritieren. Er setzt seinen begonnenen Satz einfach fort. Mehr noch: Er wiederholt die, schon vor dem Kaffeschlucken, und



UM DEN FEIND SCHLAGEN ZU
KÖNNEN, MUSS MAN/FRAU IHM
ERSTMALS KENNENLERNEN. ALS
SCHULUNGSMATERIALIUM KURSIEREN
HIERZU IM EINSCHNITTIGEN KREISEN
OFT HARMLOS ANMUTENDE GESELL-
SCHAFTSSPIELE HERUM.
ACHTEN SIE UNBEDINGT AUCH AUF
DAS SPIELVERHALTEN IHRES KINDES,
MIT WELCHEM LEUTEN UND WAS SIE
SPIELT, ODER KANNST DU ZUSAMMEN MIT...

vor Mathias' unqualifizierter Zustimmung in den Raum gestellten Worte, so als ob da schier unendlich viel Platz wäre, in dem Raum: „Heute wird es drei Monate, daß die Isabella weg ist. Und außer der einen Ansichtskarte aus Venedig haben wir überhaupt nix mehr von ihr gehört.“

„Du meinst, wir sollten uns langsam Sorgen machen?“, fragt Mathias.

„So könnt ma's auch ausdrücken. Ich mein halt, wir können ja davon ausgehen, daß wir ned unbedingt die Sorte von Menschen sind, die so überhaupt nix zu befürchten haben, von der Polizei oder vom Zoll, oder so. Ich erinnere da nur an die Lainzer-Tiergarten-Panik von Folge 16 des prärevolutionären Treibens im TATblatt minus 68.“

„Na, du hast ja recht, aber ich mein, was könnt ma tun?“

„Des weiß ich allerdings auch nicht!“

„Dieser Dialog hat uns wieder ungemein weitergebracht!“

„Ach, halts Maul!“

„Ihr seid heute wohl beide irrsinnig gut aufgelegt“, mischt sich Hedda ein, ehe sie es angesichts der vorherrschenden Stimmungslage vorzieht, nun doch im Fortsetzungskrimi des TATblatts weiterzulesen, wenngleich sie immer weniger weiß, wozu dieser eigentlich gut sein soll, außer als Speerspitze des entschlossenen Kampfes gegen die Grundregeln deutscher Grammatik. Ein paar Seiten füllt er halt, für die sich die ZeitungsmacherInnen wohl sonst was anderes überlegen hätten müssen. Wenn's aber dann darum geht, kontroverielle LeserInnenbriefe im TATblatt abzdrukken, lamentieren die TATblatt-Leute alle im Gleichklang darüber, daß zu wenig Platz zur Verfügung steht. Aber den Schmarren bringen sie...

Herbert N., 35 Jahre alt, Arbeitsloser, politisch aufgeschlossen und tendentiell linksstehend, geht in der Zwischenzeit nichtsahnend den Handelskai entlang. An einer Straßenkreuzung biegt er links ab und wandert geradewegs auf den Allerheiligenplatz zu, wo er schließlich unter einem Baum ein unheimliches Paket findet. Irgendetwas sonderbares liegt dort, in Packpapier verschnürt. Neugierig macht er es auf. Dann erschrickt er.

Leider können wir aus Platzgründen erst in der nächsten Folge beschreiben, was Herbert so erschreckt, was sich also quasi in diesem Paket befindet. Wir wenden uns einstweilen lieber Anna M. zu, die in gerade diesem Augenblick ganz in der Nähe vorbeikommt, mit einer Klemmappe und einem Bleistift in der Hand.

Anna hat bereits den ganzen Vormittag damit verbracht, sich die Häuser aufzunotieren, die leerstehen oder gerade saniert werden. Am nächsten Tag will sie im Grundbuch Einsicht nehmen — welches beim Bezirksgericht, für den 20. Bezirk ebenso wie für die Bezirke 1 bis 9 praktischerweise im Justizpalast, aufliegt — und nachschauen, wem diese Häuser gehören. Daraus will sie einerseits versuchen, irgendwelche Schlüsse über die Vorgehensweise von Grundstücks- und Wohnungsspekulanten zu ziehen, die gerade hierorts wegen der geplanten EXPO ihr Unwesen treiben; andererseits will sie sich die Grundlage für Überlegungen über allfällige Kampfmaßnahmen verschaffen.

Da sie nun schon ein paar Stunden unterwegs ist, gerade Lust auf eine Pause verspürt und sich darüberhinaus ganz in der Nähe der Wohngemeinschaft von Mathias N., Konrad H. und Hedda S. befindet, beschließt sie, mal kurz bei denen vorbeizuschauen.

„Ah! Jetzt!“

„Endlich! Ich hab g'laubt, wir kommen heute überhaupt nicht mehr dran. Gibt's was b'sonderes?“

„Eine von denen geht gerade in des Haus hinein. Is aber ned unser Zet-Pe-Ans“ (Zet-Pe-Ans, geschrieben: ZP1, ausgeschrieben: Zielperson Eins, die Person, die das eigentliche Ziel der Observation der beiden Beamten, die den eben beschriebenen Dialog geführt haben, ist. Die Observanten sitzen nun schon seit geraumer Zeit in einem unauffälligen weißen Auto vor dem Wohnhaus, in welchem sich die Wohngemeinschaft Mathias-Konrad-Hedda befindet.)

„I glaub, des wird heut wieder nix, mit dem großen Schlag.“

„Warum sollte es auch?“

„So halt.“

„Des is ned unser Bier. Wir beobachten, wir melden, und — was das wichtigste ist — wir halten uns im Hintergrund. Wir denken nicht, und wir handeln nicht. Des machen andere. Woanders. Aber des brauch i dir wohl ned erzählen. Ums Denken hast du dich ja noch nie g'rissen.“

Der Kollege verzieht das Gesicht zu einer strengen Miene und zerbricht dabei versehentlich den Kugelschreiber, den er gerade spielend in den Händen gehalten hat. „Scheiße!“, denkt er sich. Aber er behält es für sich.

„Lange werdet's ihr eh auch nicht mehr da in dem Haus bleiben können. De meisten Mieter und Mieterinnen sind ja auch schon rausg'haut.“, sagt Anna bei einer Tasse Tee in der Küche der Wohngemeinschaft Heddas, Konrads und Mathias'. Konrad und Mathias lassen sich den schwelenden Konflikt nicht anmerken. Wie Konrad antwortet „Probiert hams as eh schon...“ nickt Mathias widerspruchslos zustimmend.

„Die werden schon noch ärgere Geschütze auffahren, damit's euch los werden. Da tät'ich ma keine Sorgen machen.“, fährt Anna fort. „Zweifellos“, meint Konrad.

„Aber so mir-nix-dir-nix wird des wohl ned gehn. Wir werden denen den Spaß schon verderben. Und i glaub, wir werden nicht die einzigen sein, die sich wehren werden.“, betont Hedda.

„Die werden schauen, wenn sich dann plötzlich die ganzen Leute erheben, wenn sich die ArbeiterInnenklasse angesichts der Umstrukturierungen plötzlich ihrer selbst und ihrer Macht bewußt wird, wenn die ganzen Leut' da aufstehen und den bürgerlichen Staat zerschlagen und die Diktatur des Proletariats ausrufen. Und wenn dann alle Arbeiterinnen und Arbeiter auf der ganzen Welt dem Beispiel ihrer Genossinnen und Genossen aus der Brigittenau und Leopoldstadt folgen und ihre Ketten zerreißen und ihren Peinigern Beine machen...“, ergänzt Mathias, ohne selbst genau zu wissen, was er damit eigentlich sagen will.

Hedda kümmert sich nicht viel um die mittelfristigen Perspektiven des Mathias, sie meint nur „Wie's g'heißn hat, daß das Rotstilzchen g'räumt werden soll, ham ma zum Beispiel gelegentlich beim Hausbesitzer ang'rufen und ihm g'fragt, ob er denn vielleicht schon g'schlafen hat. Oder wir haben ihm aus verschiedensten Warenhauskatalogen die tollsten und teuersten Sachen bestellt. Und unzählige Bruno-Kreisky-Gedenkmedaillen, und Berge von Pizzas. Der war nach ein paar Tagen so genervt, daß er einen Brief ans Stilzchen geschrieben hat, wo g'standen ist, daß er seit dann und dann gar nicht mehr der Besitzer des Hauses ist, und daß mit weiteren Anfragen sich doch bitte an die neuen Eigentümer gewendet werden soll. Des war im Endeffekt vielleicht ned unbedingt ein großartiger politischer Sieg, aber unter anderen Bedingungen angewendet laßt sich aus der Methode noch viel rausholen. Der Spekulant Mayer, dem das Rotstilzchen-Haus gehört hat, ist ganz bestimmt ned die einzige Sau, die sich die vielen schönen Dinge verdient hat. Und unser Hausbesitzer hat, glaub ich, ned allzuviel Interesse daran, das Haus zu verkaufen. Ganz im Gegenteil. Der is sehr froh, daß er es hat, und der will daraus rausholen, was geht. Und deswegen laßt er jetzt auch alles umbauen, laßt Wohnungen zusammenlegen, daß es der ideale Juppie-Palast wird, in unmittelbarer EXPO-Nähe. Des bringt earm Knedl. Aber bis es soweit ist, mach ma ihn fertig.“

„Aber auf dem Gebiet gibt es halt viel mehr zu tun, als irgendeinen Kleinkrieg mit einem Hausbesitzer auszufechten. Da kann ma no viel mehr machen. Da gibt's no ganz andere Möglichkeiten.“, antwortet Anna, und greift nach ihrer Klemmappe.

„Sag ich ja“, merkt Mathias — beiläufig — an.

„Herst! Da! Schau!“ Der Observationsbeamte rempelt seinen Kollegen an und zeigt mit dem Finger zum Himmel hinauf.

„Was is des?“

„Da! Der Abend bricht herein!“

„Was — jetzt? Um halba Zwölfe z'Mittag? Des gibt's ned!“

„Aber?“

Fortsetzung folgt ●

Die Lehren aus der Antifa-Demo vom 5.10. ziehen, die Opernball-demo '91 entschlossen vorbereiten:

Ohne klaren Bruch mit den reformistischen Saboteuren und eigenständige Organisation der militanten AntifaschistInnen auf klarer Grundlage kann es keine Fortschritte im Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Kapitalismus geben! (Thesen)

1. Beteiligung an einer von ReformistInnen (KJÖ, SJ, Grüne, usw.) organisierten Demonstration ???

Die Antifa-Demo vom 5.10. wurde von KJÖ, Grünen und "Schwarzer Distel" in Zusammenarbeit mit SP-Organisationen geplant und vorbereitet. Schon bei den Vorbereitungstreffen wurde klar, daß die vorbereitenden Organisationen die Plattform bewußt so verwaschen festlegten, daß "alle" unterschreiben können. Eine Abgrenzung von Regierungsparteien und jede Kritik am bürgerlichen Staat wurde abgelehnt.

Tatsache ist aber, daß die AusländerInnenfeindlichkeit von den Herrschenden vorangetrieben wird. Ebenso klar muß sein, daß Kapital und Staat die wirklichen Gegner eines konsequenten Antifaschismus und Antirassismus sind.

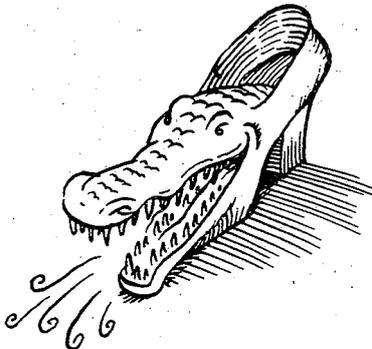
Daß bei einer solchen windigen Antifademo, die unter anderem von Anhängern der einen Regierungspartei getragen wird, die entscheidenden Inhalte draußen bleiben, und unverbindliche Gemeinplätze die Grundlage bilden, war im vornhinein offensichtlich.

Deshalb war es richtig, daß sich mehrere Organisationen und Gruppen bewußt nicht (offiziell) beteiligt haben.

Ein Problem blieb aber, ob und wie bei der Demo trotzdem aufgetreten werden sollte. Erst im Nachhinein hat sich praktisch herausgestellt, daß nicht nur die Inhalte abschreckend schwammig und unverbindlich waren, sondern genauso die organisatorische Vorbereitung der Demo durch die reformistischen "Des-Organisatoren".

bezahlte Anzeige:

Die meisten schönen Schuhe sind nette kleine Folterkammern.



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

GEA
Gehen Sitzen Liegen

1080 WIEN, Heini Staudinger, Lange Gasse 24, Tel. 4083626
1010 WIEN, Himmelfortgasse 26, Tel. 5121967

2. Die Nichtanmeldung der Demo und die Verhinderung des Abmarsches bedeuten eine Auslieferung der Fortschrittlichen, militanten AntifaschistInnen an die Polizei.

Nachdem sich etwa 500 DemonstrantInnen bei der Oper versammelt hatten, verkündete die SJ mit der Autorität der Demoleitung, daß die Demo aus einem "Versehen" nicht angemeldet worden sei, und daß sich die DemonstrantInnen ruhig verhalten und keine Demo durchführen sollten. Andere Leute von den "Des-Organisatoren" meldeten sich nicht zu Wort. Im TATblatt 17/90 (23.10.90) versucht die SJ 5 jetzt, die Schuld auf einen "anderen SJler ... aus der SJ 20" zu schieben, der "noch dazu minderjährig" ist. Das ist eine bodenlose Frechheit und eine Verhöhnung der zur Demo gekommenen Menschen. Unverschämte ist vor allem, die Nichtanmeldung durch die "Des-Organisatoren" auf eine Einzelperson zu schieben, so als ob sich nicht verschiedene Gruppen (KJÖ, Grüne, SJ, usw.) wiederholt zu Aktionseinheitssitzungen getroffen hätten. (Manche vermuten, daß die "Des-Organisatoren" so eine Demo gar nicht mehr wollten, und speziell die SJ von ihren Ziehv Vätern nor den Wahlen zurückgepfiffen wurde!?)

Am Sammelplatz vor der Oper stellten sich die SP-Jünger und die anderen "Des-Organisatoren" immer wieder gegen den Versuch loszumarschieren. Als von einem Teil der DemonstrantInnen versucht wurde, Richtung Innenstadt loszumarschieren, verhandelten die "Des-Organisatoren" mit der Polizei über eine "Standkundgebung" und wiegelten ab. Bald stellte sich heraus, daß die Kärntnerstraße Richtung Innenstadt inzwischen durch Polizei massiv abgeriegelt war.

Deshalb versuchte ein Block von DemonstrantInnen Richtung Ring rauszukommen, um der immer bedrohlicher werdenden Einkreisung durch die Polizei zu entgehen.

In dieser Situation, als die Polizeikräfte Richtung Ring noch sehr schütter aufgezogen waren, verließ die SJ geschlossen die Demo. Um den Abmarsch zu verhindern und die mit der Polizei vereinbarte Standkundgebung durchzusetzen zog die SJ eine händchenhaltende und fahnschwingende Kette zwischen Demospitze und Ring auf. Genau diesen Zeitpunkt der Verwirrung unter den DemonstrantInnen nutzte die Polizei und zog eine Kette um einen Großteil der Demonstration. Wenig später kesselte die Polizei zirka ein Drittel der DemonstrantInnen mit Doppelketten ein und bildete um andere weitere lockere Kessel.

Zumindest begünstigt wurde diese staatspolizeiliche Inventur (u.a. im Hinblick auf die Opernballdemo) durch das Verhalten der "Des-Organisatoren" der Demo. Und so eine Haltung ist nichts anderes als Verrat an den TeilnehmerInnen, die Auslieferung von hunderten DemonstrantInnen an die Polizei. Mit

solchen Leuten darf es keine gemeinsame Vorbereitung von Aktionen mehr geben.

3. Zerfahrenheit und katastrophale Desorganisation der militanten AntifaschistInnen, die keine eigene Struktur organisiert hatten.

Nach dem chaotischen und spontanen Versuch loszumarschieren umzingelten die Polizeiketten gezielt etwa ein Drittel der DemoteilnehmerInnen, also ca. 150 Leute, und zwar den Teil, wo sich das Haupttransparent und eine rote Fahne befanden und die meisten Leute zum Schutz Ketten gebildet hatten.

Aufgrund der von der SJ hervorgerufenen

LeserInnenbriefe Reaktionen Diskussionen

defätistischen und verwirrten Stimmung wurde auf die fortschreitende Einkesselung erst sehr spät / zu spät und unzureichend reagiert.

Einige zaghafte Durchbruchversuche scheiterten an der Unentschlossenheit der TeilnehmerInnen und der Schwierigkeit der Kommunikation aufgrund des Fehlens einer eigenständigen Struktur und Organisation im Block.

Ein wichtiger Fehler war, daß es weder ein eigenständiges Vorbereitungsplenum noch eine Koordination der Gruppen gab, die mit der Demo-"Des-Organisation" nichts zu tun haben wollten. Bei einer internen Koordination bzw. eigenständigen Leitung im Block ist es leichter möglich auf verschiedene Polizeitaktiken rascher zu reagieren. Dazu gehört auch rechtzeitig zu erkennen, wann eine Distanzierung von einer Demo, die wir nicht mitorganisiert haben, notwendig wird, ob eine Demo verlassen und woanders fortgesetzt werden soll usw.

4. Fehleinschätzung der Faschos als Hauptgefahr.

Richtig und notwendig ist eine entsprechende Ausrüstung zum Demoschutz gegen Faschos; aber die Hauptgefahr ist die Polizei, wie auch die Opernballdemos beweisen. Diese beiden Gegner, mit denen wir jedesmal rechnen müssen, werden von vielen insofern verwechselt, als es richtig ist, daß die Faschos mit überlegener Brutalität und Bewaffnung bei ungenügend ausgerüstetem Demoschutz fallweise gefährlicher sind als die Polizei (Messer, Leuchtpurgeschoße, usw.).

Nicht übersehen werden darf aber, daß die Faschos ohne ihren ständigen Polizeischutz sich gar nicht so trauen würden, und die Faschoschläger nichts anderes sind als ein Störtrupp im Interesse der Herrschenden. Das wirkliche Problem für uns stellt der hochgerüstete Gewaltapparat des bürgerlichen Staates (Schlägerpolizei, Justiz, Heer, usw.) dar. Die "Staatsorgane" sind es, die uns wirklich fertig machen können, wenn wir uns nicht entsprechend vorbereiten.

Solange das bei der Vorbereitung nicht klar ist, werden wir unvermeidlich weitere Niederlagen hinnehmen müssen.

5. Völlig unzureichende eigenständige Vorbereitung der Agitation und Propaganda auf der Demo.

Viele umstehende haben überhaupt nicht mitgekriegt worum es ging. Es gab keine bzw. kaum Flugis von den teilnehmenden Gruppen,

Transparente, Mega-Durchsagen, organisierte Sprechchöre usw.

Bei der Demo vom 5.10. hängt das konkret mit dem unernten Herangehen vieler Gruppen an eine eigenständige Vorbereitung zusammen. Aber dieser Fehler — Hauptsache wir machen bei jeder Demo mit, das andere ergibt sich schon — zieht sich schon jahrelang hin, das selbe war z.B. auch bei der letzten Opernballdemo.

Eine völlig blöde Ausrede ist in diesem Zusammenhang, daß "eh hauptsächlich TouristInnen unterwegs sind", weil erstens kommt immer wieder eine Reihe interessierter Leute zum Schauen und zweitens unterschätzen viele Militante grundsätzlich die Wichtigkeit der Agitation und Propaganda, der "Öffentlichkeitsarbeit" bei Demos und Aktionen.

6. Die neue Erfahrung mit dem Kessel.

Zum ersten Mal (seit Hainburg) ist es der Polizei gelungen, eine größere Gruppe von DemonstrantInnen lückenlos einzukesseln. Die Möglichkeit wurde ihr auch durch eine grobe Fehleinschätzung der Situation gegeben. (vgl. dazu den Artikel in TATblatt 16/90, "Wir kommen und wir gehen wann wir wollen" (schön wär's), der offensichtlich noch kurz vor der Antifademo geschrieben wurde: "... es wurde schnell klar, daß die Bullen 'deeskalieren' wollten, keine Wickel so kurz vor der Wahl ... Sie wollten keine Wickel ...")

Eigentlich waren alle überascht, und erkannten die Gefahr der Einkesselung erst, als es schon zu spät war. Für die Zukunft stellt sich hier auch die Frage der Möglichkeit von notwendigen Entlastungsangriffen auf die Polizeiketten von außen durch nicht eingekesselte bzw. Aktionen in der Umgebung, um die Polizeikräfte zur Zersplitterung zu zwingen.

Durch entschlosseneres, koordinierteres Vorgehen und größere Mobilität von Anfang an hätte der Kessel verhindert werden können; notfalls eben durch rechtzeitigen geschlossenen Rückzug.

7. Vorbereitung von klaren Strukturen für Demos.

In autonomen und anarchistischen, aber auch in größeren Kreisen Nicht-Organisierter macht sich jetzt Verzweiflung und Ratlosigkeit breit. Nur einzelne beginnen zu begreifen, daß eine straffe Organisation zumindest für und in der Aktion keineswegs Bevormundung bedeutet. Eine klare Führung aus verlässlichen Vertretern der verschiedenen fortschrittlichen, militanten Gruppen ist bei Demos unbedingt notwendig.

Gerade die Niederlage bei dieser Demo zeigt, wie wichtig die Schaffung von klaren Strukturen (Leitung, Ordner, usw.) ist. Das haben viele schon bei früheren Demos unterschätzt, doch hat es meist zumindest Vorbereitungsplanas gegeben, wo das Verhalten für verschiedene Situationen geklärt wurde.

8. Militanter Demoschutz ist unverzichtbar notwendig.

Das beweisen nicht nur Fascho-Überfälle auf die Antifademo vom 20.4.90 und die Opernballdemos (besonders dieses Jahr), sondern auch viele Auseinandersetzungen mit Polizeigreiftruppen und Schutz vor Festnahmen in vielen Fällen der letzten Jahre. Daß die Polizei immer wieder gezielt den "Schwarzen Block" auf's Korn nimmt zeigt, daß sie — unabhängig von allem Chaos und aller Zerfahrenheit unter den Militanten — gerade diese Kraft als erstes zerschlagen wollen. Unsere Taktik muß bessere Organisation und größere Mobilität sein.

9. Die AntifaschistInnen dürfen nicht verarscht werden. ●

WAS TUN?

Die TATblatt-Terminseite

LINZ

Kapu

Fr.09.11.20h:DISCO

Sa.17.10.20h:VICTIMS FAMILY (usa), LIVE...BUT HOW TO LIVE IT (nor)

Sa.24.11.20h:EXTENDED VERSIONS (a), MAISCHE (a)

SCHWERTBERG

Kanal

Fr.16.11.: N.SCH.REC.-Nacht UNCLE WIGGLY,MAZ PANIAC

Sa.24.11.: SOLI-FEST f. Andi Wahl (188) PANIKTREIBRIEGL

PLANK AM KAMP

KULTURGASTHAUS "Weisses Rössel"

Sa.10.11.21h: Waldviertler Fest:EARTH BOUND (Fun Rock), BLADE RUNNER (Heavy Rock)

Ausstellungen: 05.10.-16.11. Thomas Klaffl "Photographien"

17.11.-21.12. Gerhard Sulzer "Neue Arbeiten auf Papier"

WIEN

FLEX

Boiler Live Pool

Mi.07.11.:EXTREM

Mi.14.11.:MAZ PANIAK

Mi.21.11.:FUCKHEAD

Mi.28.11.:NACKED LUNCH

(jedes Konzert 40 öschis)

TU-INFORMATIKSAAL Wien

4, Treitlstraße 3

Do.8.11.19h:

Kampf um Borneos Regenwald

Vortrag von Bruno Manser u. Vertreter(inne?)n der Stammesvölker Borneos

CI-CLUB INTERNATIONAL

Fr.09.11.,19.30: Lyrik + Musik, Intern. Lyrikabend mit irisch-schottischer Folkloremusik

Ausstellung:22.11.90-05.01.91

Keramik-Anita Kämmerer-Skurile Masken, Fotografie- Georg Friesenbiller- Tag und Nacht

AMERLINGHAUS:

Erster Dia-Vortrag und Bericht der NICARAGUA-Arbeitsbrigade nach dem Regierungswechsel. 20.11.90, um 19h30

AUTONOME SELBSTHILFE —CHUZPE

Veranstaltungsreihe DIE PSYCHIATRIE DEN PSYCHIATERN — ALLEIN!

Eine Veranstaltungsreihe von und mit Ernst Kostal in Zusammenarbeit mit der Grazer Autorenversammlung.

6.11.90 19.30 Uhr

"Einmarsch in die Psyche"

Psychiatrie im Faschismus

13.11.90 19.30 Uhr

Die Produktion des Drogenproblems.

Über die Willkür der Suchtmittelpolitik

Neuroleptika? Nein danke!

Stell dir vor, sie werden ausgegeben und niemand geht hin!

Eine Aufklärungsreihe über die verheerenden Wirkungen dieser Nervengifte mit Tips zum Absetzen.

Überblick über die politische Rolle der Psychiatrie in Geschichte und Gegenwart: die Psychiatrie als Avantgarde der Methodik des Massenmords im Faschismus und das Fortbestehen dieser heimtückischen Institution als "Werkzeug des Faschismus" (Lenny Lapon) in der sogenannten "Demokratie".

Die Veranstaltungsreihe läuft weiter!

Am 20.11.27.11.,....19.30 Uhr in der CHUZPE.

Eine Veranstaltungsreihe von und mit Ernst Kostal in Zusammenarbeit mit der Grazer Autorenversammlung.

6.11.90 19.30 Uhr

"Einmarsch in die Psyche"

Psychiatrie im Faschismus

13.11.90 19.30 Uhr

Die Produktion des Drogenproblems.

Über die Willkür der Suchtmittelpolitik

Neuroleptika? Nein danke!

Stell dir vor, sie werden ausgegeben und niemand geht hin! Eine Aufklärungsreihe über die verheerenden Wirkungen dieser Nervengifte mit Tips zum Absetzen.

Überblick über die politische Rolle der Psychiatrie in Geschichte und Gegenwart: die Psychiatrie als Avantgarde der Methodik des Massenmords im Faschismus und das Fortbestehen dieser heimtückischen Institution als "Werkzeug des Faschismus" (Lenny Lapon) in der sogenannten "Demokratie".

Die Veranstaltungsreihe läuft weiter!

Am 20.11.27.11.,....19.30 Uhr in der CHUZPE.

Autonome Selbsthilfe — Offenes Info-Wohnzimmer CHUZPE

1090 Wien, Marktgasse 21-23

DEMO/AKTION:

15.11.90, 10.00 Uhr

KEINEN METER MEHR!

Internationaler Transit-Aktionstag

Demonstration vor der ÖVP-Parteileitung, Kärntnerstr. 51,

1010 Wien

OPERNBALL PROZESS

UM DEN PRÜGELEINSATZ BEI DER ANTI-OPERNBALL-DEMO ZU LEGITIMIEREN BRAUCHEN SIE „TÄTER“: IN DIESEM FALL SOLL ES GEORG W. SEIN: DIE ANKLAGE STÜTZT SICH AUSSCHLIESSLICH AUF KONSTRUIERTE UND ABGESPROCHENE BULLENAUSSAGEN: DER VERHANDLUNGSSAAL HAT NUR 6 ZUSCHAUERINNENPLÄTZE; WIE DIE MEISTEN. BEI POLITISCHEN PROZESSEN WERDEN DIESE NOCH DAZU MIT STAPOS BESETZT. DAS GARANTIERT DEN AUSSCHLUSS DER ÖFFENTLICHKEIT. DESHALB

KUNDGEBUNG VERMUMMT EUCH!

Do. 8. 11., 10.45 Wien7, Florianigasse 8

Jetzt hat's uns also einmal wirklich erwischt!

In unserem aufopfernden Kampf gegen alles Böse in der Welt haben wir uns selbst eine Falle gestellt und sind auch prompt in diese hineingelaufen. In der TATblattausgabe minus 72 vom 10. April 1990 haben wir die Photos zweier führender Vertreter der "Initiative Neue Linke" veröffentlicht, nachdem (unter anderem auch) diese am 5. April 1990 im NIG der Universität Wien eine Situation provoziert hatten, bei der drei Personen von der Polizei festgenommen und eine Reihe anderer von selbiger verprügelt und verletzt worden waren. Wir waren der Ansicht gewesen, daß dies möglich ist, solange wir jedes in unserem Bericht angeführte Detail auch wirklich belegen können. Doch dem ist nicht so.....

Republik Österreich
Handelsgericht Wien

Versäumungsurteil Im Namen der Republik

Das Handelsgericht Wien hat durch den Richter Dr. Wolfgang Blaschek in der Rechtssache der klagenden Parteien
1. Harald Steiner, Journalist, 1050 Wien, Rainergasse 36/6,
2. Dr. Siegfried Hettegger, Angestellter, 5020 Salzburg, St. Julienstr. 2/505,
vertreten durch Dr. Johannes Neumayer, RA, 1040 Wien, Argentinier Str. 20 wider die beklagte Partei
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt, reg. Verein, 1060 Wien, Gumpendorfer Str. 157/11
bzw. 1050 Margaretengürtel 122-124,
wegen Unterlassung und Veröffentlichung, Streitwert S 460.000.-s.A. zu Recht erkannt:

1.) Die beklagte Partei ist schuldig, die Veröffentlichung von Personenbildnissen des Erst- und Zweitklägers in einer deren Interessen beeinträchtigenden Art und Weise zu unterlassen, insbesondere in einer Berichterstattung, in welcher der Erst- und Zweitkläger als "Neuer Faschist" oder "Faschist" bezeichnet werden oder der Eindruck erweckt wird, sie hängen nationalsozialistischen Gedanken nach, oder der Eindruck erweckt wird, sie fordern die Zwangsinternierung von HIV-Positiven oder der Eindruck erweckt wird, sie seien in irgendeiner Weise, insbesondere aufgrund ihrer Funktion bei der Partei Initiative Neue Linke an falschen Beschuldigungen gegen Demonstranten und Handgreiflichkeiten gegen diese beteiligt.

2.) Dem Erst- und Zweitkläger werden die Ermächtigung erteilt, den Spruch der über diese Klage ergehenden Urteils binnen 6 Monaten in der Zeitschrift "Tatblatt" mit Angabe der Parteien im gesperrten Druck und Fettdruckumrandung zu veröffentlichen zu lassen.

3.) Die beklagte Partei ist schuldig, die Kosten des Verfahrens von S 30 809,98 binnen 14 Tagen bei sonstiger Exekution z.H. des Klagevertreters zu bezahlen.

Handelsgericht Wien, 1011 Wien, Riemergasse 7
Abteilung 39, am 4. Oktober 1990
Dr. Wolfgang Blaschek

In unserem Namen: Kurze Erläuterung

(TATblatt -Wien)

Mit diesem Urteil wird festgestellt, daß wir 450.000 Öschis zahlen müssen, wenn wir in Zukunft die Bilder der beiden Kläger in Zusammenhang mit einem Artikel abdrucken, in dem

- sie als "Faschisten" oder "Neue Faschisten" bezeichnet werden
- sie in die Nähe nationalsozialistischen Gedankenguts gerückt werden
- festgestellt wird, daß Steiner und Hettegger die zwangsweise Internierung HIV-Positiver fordern
- festgestellt wird, daß die beiden sich an falschen Beschuldigungen von DemonstrantInnen oder Handgreiflichkeiten gegen diese beteiligt haben.

Dieses Urteil würde es uns aber nicht verbieten, oben angeführte Behauptungen OHNE ABDRUCK VON PHOTOGRAPHIEN der Kläger zu veröffentlichen, da wir nicht etwa eines Presserechtlichen Ver-

gehens, sondern der Verletzung des Urheberrechts schuldig gesprochen wurden.

Oben abgedrucktem Versäumungsurteil liegt §78 des Urheberrechtsgesetzes (UrhG) aus dem Jahre 1936 zu Grunde:

"§78. Bildnisschutz. (1) Bildnisse von Personen dürfen weder öffentlich ausgestellt noch auf eine andere Art, wodurch sie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, verbreitet werden, wenn dadurch berechnete Interessen des Abgebildeten oder, falls er gestorben ist, ohne die Veröffentlichung gestattet oder angeordnet zu haben, eines nahen Angehörigen verletzt würden."

Eine Bildnisveröffentlichung ist dem Urheberrechtsgesetz entsprechend auch dann verboten, wenn der die Interessen der betroffenen Person schädigende inhaltliche Zusammenhang der Wahrheit entspricht. Oder praktisch: Wir staunten nicht schlecht, als uns unser Anwalt ein OGH-Urteil

(Oberster Gerichtshof) vorlegte, in welchem einem NDP-Funktionär bescheinigt wurde, durch Veröffentlichung seines Photos in Zusammenhang mit einem Artikel über nationalsozialistische Wiederbetätigung (deretwegen ja die NDP inzwischen aufgelöst wurde) in seinem berechtigten Interesse verletzt worden zu sein.

Dem liegt die Idee zu Grunde, daß der oder die einzelne nicht zulassen muß, unfreiwillig an einer Handlung mitzuwirken, die geeignet ist, seinen oder ihren Ruf zu schädigen, auch wenn diese Handlung durchaus legal gesetzt wird. Die Behauptung, eine bestimmte Person vertrete faschistisches Gedankengut, ist unabhängig ihres Wahrheitsgehaltes geeignet, z.B. das wirtschaftliche Fortkommen dieser Person zu beeinträchtigen. An dieser Beeinträchtigung ist betroffene Person nicht gezwungen, mitzuwirken, d.h. sie kann nicht gezwungen werden, auf das "Recht auf das eigene Bild" zu verzichten. Durchbrochen

kann dieser Bildnisschutz nur dann werden, wenn "öffentliches Interesse" an der Veröffentlichung besteht, also etwa "zum Zwecke der Strafrechtspflege und der öffentlichen Sicherheit" (§41 UrhG) oder im Rahmen der Berichterstattung über Ereignisse, "die bei Vorgängen, über die (zum Zwecke der Information; Anm.Tb) berichtet wird, öffentlich wahrgenommen werden" konnten (§ 42a UrhG).

Warum "Versäumungsurteil"?

Als uns Anfang Juli die Klage der beiden INL-er samt dazugehöriger "einstweiliger Verfügung" (siehe unten) zugestellt wurde, liefen wir klarerweise schnurstracks zu unserem Rechtsverdreher, der uns als allererstes vorrechnete, was es denn so koste, ein Verfahren mit so hohem Streitwert zu führen. Eine Stellungnahme unsererseits hätte die Anberaumung einer Verhandlung zur Folge gehabt, in der die Honorarsätze der involvierten Rechtsanwälte astronomische Höhen erreichen würden. Letztlich, so wurde uns erklärt, könnten dann zwar vielleicht einige der in der Klage angeführten Punkte entkräftet werden, dafür müßten aber eben horrenden Anwaltskosten bezahlt werden, und dieses würde sich — im allerallerbesten Fall — vielleicht ausgleichen. Also zogen wir es vor, alle Fristen verstreichen und das nun vorliegende Versäumungsurteil — samt prognostizierter 30 000 Öschis Kosten — auf uns zukommen zu lassen. ●

Das Urteil zwingt uns zu folgender Verlautbarung:

Wir brauchen Kohle!

Nein, nicht zum Heizen (das auch), aber jetzt:
Kröten, Cash, Moneten eben.

Wie Ihr, liebe LeserInnen gerade erfahren habt, müssen wir 30 000 öS zahlen, um diesem Urteil genüge zu tun, welches uns nicht abhalten wird, euch weitere Infos über die klagende Partei zukommen zu lassen.

Leider sind die 30 000 für uns kein Klax, wenn auch Gerüchte über das Ende des TATblatt vollkommen aus der Luft gegriffen sind. Voller Optimismus, denn wir rechnen mit Eurer Solidarität, legen wir jeder Nummer einen Erlagschein bei. Solltet Ihr Wert darauf legen, daß das Geld ausschließlich zur Bezahlung eines INL-Prozesses verwendet wird, bitten wir Euch zu vermerken: INL-Prozess Spende. Sollten mehr als 30 000 hereinkommen, werden wir den Überschuß an Leute oder Initiativen weitergeben, die sich ebenfalls gerichtlich mit der INL zu befassen haben

PS.: Solltet Ihr keinen Erlagschein in Eurer Zeitung finden:
Unsere Kontonr: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt
P S K 7 5 4 7 2 1 2

Leserinnenbrief zu: "Psychiatrie — Der Wahnsinn hat Methode"

Mich hat dieser Artikel auf zwei Arten sehr betroffen gemacht:

1.) Freude, daß in dieser offenen Art kollektiv eine "Psychose" ausgetragen wird.

Als Steinhof-Angestellte, also immer wieder Leidende an der Totenruhe, die über die Psychiatrie ausgebreitet wird, möchte ich der betroffenen Frau dafür danken, daß sie ihr Privates politisch macht, hoffentlich zum Nutzen vieler. Das tun/wollen

keineswegs alle psychiatrischen PatientInnen, umso wichtiger und ermutigender sind solche Beispiele.

2.) Als Therapeutin macht es mich sehr traurig, daß diese Zwangseinweisung von einer Therapeutin in die Wege geleitet wurde, nachdem sie von der WG um Hilfe gebeten worden war. Intuitiv spüre ich hier einen Verrat, den ich nicht nachvollziehen kann. Ich kann mir nicht vorstellen, was in einer therapeutischen Beziehung so schief laufen kann, das solche Zwangsmaßnahmen nötig macht. Mein Mann, der ebenfalls

Therapeut ist, hat einmal einen Klienten zu einer psychiatrischen Aufnahme geraten, was dieser freiwillig gemacht hat. Das ist das Äußerste, was ich mir vorstellen kann, wenn jemand in Psychotherapie kommt.

Was mich an dieser Geschichte stört, ist, daß weder der Name der Therapeutin erwähnt wird, noch die näheren Begleitumstände, wie es zur Zwangseinweisung

kam. Dadurch bin ich in einem sehr wichtigen Punkt dieser Geschichte auf intuitive Mutmaßungen angewiesen.

Zu den Neuroleptika möchte ich noch sagen, daß sie meiner Erfahrung nach kein ernstzunehmender Grund sind, warum psychotische Erfahrungen so selten ins "wirkliche" Leben integriert werden können. Erfahrungsgemäß machen Menschen auch mit Neuroleptika eine solche Fülle von Erfahrungen durch, daß es lange Zeit und viele Gespräche braucht, alle diese Erfahrungen in die Kommunikation mit anderen

einzubringen. *Real* scheitert es am Desinteresse der anderen, oft aber auch am Desinteresse der PatientInnen, die psychotischen Erfahrungen wirklich konsequent in die persönlichen Beziehungen einzubringen. Schließlich bedeutet eine Psychose für den betroffenen Menschen immer auch einen Schock, der Umdenken und anders Handeln nötig macht.

Ich wünsche Euch viel Liebe zueinander, damit es Euch gelingt, die Erfahrungen Eurer Mitbewohnerin aufzunehmen und zu beherzigen. Die Neuroleptika sollten dabei kein Hindernis sein, außerdem lassen sich Neuroleptika wie jedes andere Medikament selbstbestimmt verwenden, also auch absetzen, sobald sie ihren Dienst getan haben. Das können ziemlich viele (ehemalige) PatientInnen (mit Hilfe eines Arztes/einer Ärztin).

An Eurer Stelle würde ich auf die Unterstützung fortschrittlicher PsychiatrInnen (die gibts auch in Innsbruck, ich kenne Dr. Crombach, wenn er noch in Innsbruck ist) nicht verzichten. Erfahrungsgemäß sind auch alle JournalistInnen hilfreich.

mit freundlichen Grüßen ●

LeserInnenbriefe
Reaktionen
Diskussionen

Das TATblatt

ist ein 14-tägig erscheinendes selbstverwaltetes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ...eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

Die TATblatt-Kollektive:

TATblatt-Wien: 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 57 49 543; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr

TATblatt-Graz: Kontakt: 8010 Graz; Kastelfeldgasse 34/16

TATblatt-Linz: Treffen jeden Mittwoch um 19 Uhr im KAPU (Kapuzinerstraße 36)

TATblatt-Innsbruck: Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 96,— für 10 Ausgaben oder S 190,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 150,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

Impressum:

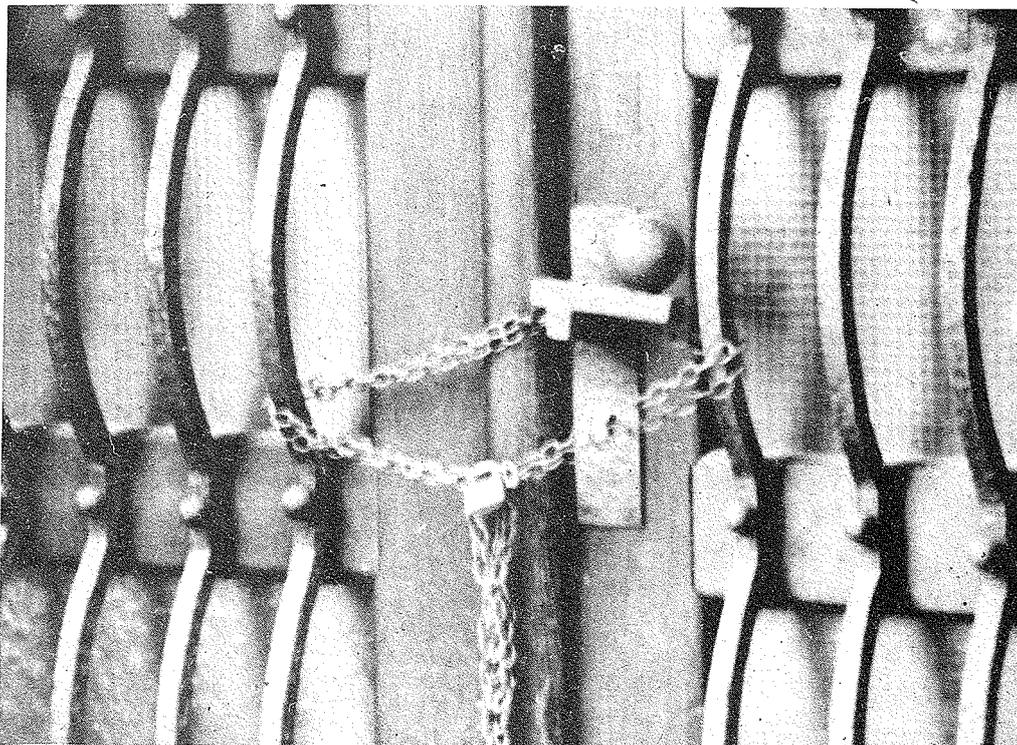
Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: (0222) 57 49 543 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck



...und im Einzelnen:

WIEN 1: ● BH Brigitte Hermann (Grünangergasse 1) ● BH Kolisch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntnerortpassage — beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** ● BH Sprachlos (Radetzkystraße 6) **WIEN 6:** ● BH/Platten VKA (Stieggasse 20) ● Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) ● Platten Why Not (Otto Bauer Gasse 16) **WIEN 7:** ● Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) **WIEN 8:** EZA („3.W“ EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Stroziggasse 38) **WIEN 9:** ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) ● Autonome Selbsthilfe (Marktgassee 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) **WIEN 10:** ● BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) ● MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) **WIEN 12:** ● FLEX (Arndtstraße 51) **WIEN 15:** ● Antiquariat W. Simon (Iheringgasse 18; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** ● Beisl Cl: Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21)

GRAZ: ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) ● Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzen-dorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16)

LINZ: ● Alternativladen (Zollamtsstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz)

INNSBRUCK: ● Am Haven (Innrain 157) ● BH Parnaß (Speckbacherstraße 21)

SCHWERTBERG: ● Kulturverein KANAL (Joseftal 21)

SCHWAZ IN TIROL: ● „Dritte Welt Laden“

Änderungen vorbehalten! Stand September 1990